

# solixtra



Europa 2008



## Europa sozial

Für eine europäische Gewerkschaftsjugend.  
EU-Politik, Flexicurity, Europäisches Sozialforum

Foto: Jonas Hamers / Reporters / laif

### INHALT

*schon gewusst...?*

**2** Wahrheiten über Europa

*editorial*

**3** Eine Reise wert: Die DGB-Jugend auf dem Weg nach Malmö

*europäische politik*

**4** Gewaltenteilung: Wer trifft die Entscheidungen?

**5** Die EU – kein Selbstzweck: Ihre Aufgabe ist sozialer Fortschritt  
Lissabon-Vertrag: Darum geht's

**6** Hoher Interessenfaktor: Beim ESF spielen die Gewerkschaften eine große Rolle

*arbeit und soziales*

**7** Neue Zauberformel: Flexicurity

**8** Dänemarks Welt

**9** Standort-Wettbewerb: Nokia

**10** In Gefahr: Der EU-Gerichtshof hebt Arbeitnehmerrechte aus

*bildung*

**11** Auf schmaler Spur: Bildung per Niveau-Ranking

*mitbestimmung*

**12** Interessenvertretung: Europäische Betriebsräte

**13** Internationale der Räte: Der Allianz-Konzern

**14** Raus aus den Büros! Campaigning und Organising

*gewerkschaftsjugend*

**15** Jung muss sein: Das ESF als Projekt der europäischen Gewerkschaftsjugend

**16** Workers unite: Alte Tugenden haben Konjunktur

**17** Leitaktionen: Jugendpolitik und EU-Kommission

Europa nervt und ist toll, sagen ESF-Teilnehmerinnen

**18** Aufklärungsarbeit: Gegen Militarisierung und Überwachung

**19** Best Practice: Die DGB-Jugend-Seminarreihe »Step by Step«

Die DGB-Jugend im Internet:  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

## Europäisch = prekär

**Jugendarbeitslosigkeit** ■ Jugendliche haben auf dem europäischen Arbeitsmarkt besonders schlechte Karten: In der EU ist der Anteil der Arbeitslosen bei den 15- bis 24-Jährigen sehr viel höher als bei anderen Altersgruppen.

Wer Arbeit bekommt, hat oft nur einen zeitlich befristeten Job oder eine Teilzeitstelle – obwohl die Ausbildungszeiten immer länger und die Abschlüsse höher sind als je zuvor. Aber: Ohne Berufserfahrung kein Job. Etwa die Hälfte der Arbeitslosen ab 25 Jahren ist auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz.

Die Gesamtarbeitslosenquote aller 27 EU-Länder lag im Dezember 2007 bei 6,8%. Die niedrigsten Quoten verzeichneten die Niederlande (2,9%) und Dänemark (3,1%). Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten die Slowakei (10,8%) und Spanien (8,6%).

Die Arbeitslosenquote für die Unter-25-Jährigen lag bei 14,8%. Die niedrigsten Quoten für die Jugendlichen hatten Dänemark (3,3%) die Niederlande (5,1%) und Slowenien (7,9%), die höchsten Griechenland (22,6%) und Rumänien (21,6%).

## Armutsgarantie

**Besser kein Kind sein** ■ Fast jedes fünfte Kind in der EU wächst in Armut auf: 19 Mio. Kinder leben nach einer aktuellen Studie der EU-Kommission unterhalb der Armutsgrenze. Und diese Zahl beinhaltet noch nicht einmal die Kinder von AsylbewerberInnen und ImmigrantInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Laut der Kommissionsstudie haben Kinder in fast allen EU-Staaten ein größeres Armutsrisiko als andere Bevölkerungsgruppen.

Infos: [www.eurochild.org/](http://www.eurochild.org/)

## Verelendung

**EGB warnt** ■ Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB warnt vor einer Verelendung der europäischen ArbeitnehmerInnen. Die Zahl schlecht bezahlter und unsicherer



J. Monks

Arbeitsverhältnisse sei in den vergangenen zehn Jahren drastisch gestiegen, sagt EGB-Generalsekretär **John Monks**. Die EU tue nicht genug, um die Lage zu verbessern.

17 Mio. ArbeitnehmerInnen in der EU leben nach EGB-Angaben bereits in Armut, 31 Mio. arbeiten für Hungerlöhne. Der Gewerkschaftsbund nennt Deutschland als negatives Beispiel: In West-Deutschland bekämen Niedriglohn-Arbeiter 6,86 Euro pro Stunde, im Osten 4,86 Euro. Der mittlere Stundenlohn eines Industriearbeiters liege mit rund 25 Euro viel höher. Der deutsche Niedrig-

lohnsektor umfasse 22% aller Beschäftigten. Das sei ein Rekord auf dem Kontinent und ähnlich hoch wie die 25% NiedriglöhnerInnen in Großbritannien und den USA.

## Alter Hut?

**Globalisierung** ■ Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Eurofound – eine EU-Einrichtung – hat in einem Bericht festgestellt: Knapp 8% der Arbeitsplatzverluste in der EU seien der Globalisierung zuzuschreiben. Direktor **Donald Storrie** sagt, man solle »angesichts der Globalisierung nicht hysterisch werden« – und sich vor Augen halten, dass es in der Geschichte schon ähnliche Entwicklungen der beschleunigten wirtschaftlichen Verflechtung gegeben habe, »etwa vor dem ersten Weltkrieg«.

## Integration

**Diskriminierung** ■ Trotz Anstrengungen bei der Integration werden AusländerInnen in der EU weiterhin diskriminiert. Dies ist das Ergebnis zweier neuer Studien, die die ehemalige Bundestagspräsidentin **Rita Süßmuth** im März 2008 in Berlin vorstellt hat. »Es gibt eine durchgängige Benachteiligung ethnischer Minderheiten in der EU«, sagte die Präsidentin einer EU-Expertengruppe. Auch in Deutschland seien viele Einwanderergruppen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft nicht gleichberechtigt.



R. Süßmuth

## Jahresplan

**Kreativität 2009** ■ Kreativität und Innovationsfähigkeit sollen Schlüsselkompetenzen für alle BürgerInnen Europas werden. Deshalb wird die EU-Kommission das Jahr 2009 zum »Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation« ausgerufen.

## Es geht aufwärts

**EU im Weltall** ■ Der Lissabon-Vertrag hat die Raumfahrt zur EU-Zuständigkeit erhoben. Die heutige Weltraumpolitik Europas basiert auf einem Abkommen zwischen der EU und der ESA, das 2004 in Kraft getreten und Grundlage für den Europäischen Weltraumrat ist, der dem regelmäßigen Austausch zwischen den MinisterInnen und EU-KommissarInnen dient.

Die Zusammenarbeit gipfelte 2007 in der Verabschiedung der Europäischen Weltraumpolitik (Motto: »Bringing space down to earth«), die die strategische Bedeutung von Raumfahrt-Technologie und Raumfahrt-Anwendungen für Europa unterstreicht.

[http://ec.europa.eu/enterprise/space/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/enterprise/space/index_en.html)

## Talking Français

**EU und Sprache** ■ »EU-Fachsprache ist ein ärgerlicher aber unvermeidbarer Teil der Arbeit« ([www.eu4journalists.eu](http://www.eu4journalists.eu)). Deshalb hat die Union den Sprachführer »A Plain Language Guide to Eurojargon« in allen EU-Sprachen verfasst.

In Brüssel gibt es zwei offizielle Sprachen: Niederländisch und Französisch. Belgien hat noch eine dritte offizielle Sprache – Deutsch. Inoffizielle Sprache ist aber Englisch. In den vergangenen zehn Jahren ist Englisch auf den Fluren immer üblicher geworden. Bevor die skandinavischen Länder und Österreich der EU beitraten, war Französisch die Hauptsprache in den Institutionen. Französisch ist natürlich noch immer eine wichtige EU-Sprache. Wer in Brüssel arbeiten will, muss es können. Oder lernen.

Internetseite zum EU-Vokabular:

[http://europa.eu/abc/eurojargon/index\\_de.htm](http://europa.eu/abc/eurojargon/index_de.htm)

## Europa-Zahl

Die Gesamtzahl aller EinwohnerInnen der EU beträgt 494,07 Mio, davon sind 74,5 Mio. unter 25 Jahre alt.

## PERC-Jugend

**Interessenvertretung** ■ Im Zuge der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbunds IGB 2007 wurden auch neue regionale Dachverbände gegründet. Europa gehört zum Pan-European Regional Council (PERC), der mehr Länder als die EU umfasst (z.B. auch Russland).

Innerhalb des PERC wurde nun auch ein Jugendkomitee gebildet: Fünf Delegierte kommen vom EGB-Jugendkomitee. Das Jugendkomitee des PERC entsendet dann wieder vier Delegierte in das IGB-Jugendkomitee, zwei sind von der EGB-Jugend: **Tania Matias** aus Luxemburg und **Robert Hansen** aus Norwegen.

[www.etuc.org/a/3489](http://www.etuc.org/a/3489)

## Wichtiger Mann

**Personalie** ■ **Ján Figel** ist in der EU-Kommission für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Multilingualismus verantwortlich. In den Zuständigkeitsbereich des Slowaken fallen auch die Bereiche Sport, Jugend und Beziehungen zur Zivilgesellschaft.

Figel wurde 1960 in Vranov nad Toplou geboren und war Staatssekretär im slowakischen Auswärtigen Amt. Sein Motto: »Mit der Jugend für die Jugend.«

Ján Figels Homepage: [http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/figel/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/figel/index_en.htm)

EU-Jugendkommission:

[http://ec.europa.eu/youth/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/youth/index_en.htm)



J. Figel



# Europa ist eine Reise wert

**Und zwar nach Malmö – dort trifft sich im Herbst die europäische Gewerkschaftsjugend, um für ein soziales Europa zu kämpfen. Von Ingrid Sehrbrock**

**D**ie Bedeutung von Europa kann man gar nicht unterschätzen: Immer mehr Entscheidungen werden heute auf der europäischen Ebene getroffen, und das gilt für große Konzerne genauso wie für die Politik.

Die Gewerkschaften haben erkannt, dass es wichtig ist, auch auf europäischer Ebene handlungsfähig zu sein. Das gilt sowohl für die Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen wie für die Mitbestimmung in den Betrieben, und es gilt auch für die Vernetzung mit anderen Gewerkschaften in Europa.

In letzten Jahrzehnten ist der Prozess der Europäisierung immer rasanter geworden, die EU hat viele neue Staaten aufgenommen und immer weitere Kompetenzbereiche für sich reklamiert.

Junge Menschen wachsen heute nicht nur in einem nationalstaatlichen Kontext auf, sondern als europäische Bürgerinnen und Bürger. Die Idee eines grenzenlosen Europas bietet viele Chancen: Wenn sich junge Menschen zum Beispiel entscheiden, ihre Ausbildung in einem anderen europäischen Land zu absolvieren, dann ist das heute viel leichter als früher.

Gleichzeitig aber üben die politischen Trends, die in Brüssel und Straßburg gesetzt werden, einen großen Druck auf die Jugend aus. Mobilität und Flexibilität können nämlich nur positiv gelebt werden, wenn junge Menschen auch die Ressourcen dafür haben.

**Als DGB** beobachten wir, wie die Idee eines sozialen Europas zu kurz kommt. Flexibilisierung bedeutet – und das insbesondere für die Jugendlichen, die jetzt in den Beruf einsteigen – weniger Sicherheit. Die Konsequenz: Immer mehr junge Menschen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnis-

sen oder finden erst nach langer Zeit einen Einstieg in den Job.

Das Europäische Sozialforum (ESF), das vom 17. bis 21. September 2008 im schwedischen Malmö stattfindet, bietet einen guten Raum, in dem junge Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa ihre Probleme gemeinsam diskutieren und Strategien für eine europäische Gewerkschaftsjugendarbeit entwickeln können.

Diese *Soli extra* behandelt die wichtigen Themen, die sich die Gewerkschaftsjugend auf ihre europäische Agenda gesetzt hat – dazu gehören: die europäische Beschäftigungsstrategie, gewerkschaftliche Handlungsfelder auf europäischer Ebene, Bürgerrechte in Europa und die Bildungspolitik.

Europa muss der Jugend eine Chance bieten.

*Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, ist im DGB-Vorstand für den Bereich Jugend zuständig.*



## ESF UND DGB-JUGEND

### Internationales Netz

Von René Rudolf

Die DGB-Jugend wird sich in Kooperation mit der IG Metall-Jugend maßgeblich am diesjährigen ESF beteiligen. Es werden ca. 300 junge KollegInnen aus Deutschland erwartet. Es ist das erste europaweite Treffen seiner Art.

Worum geht's in Malmö? Jüngere KollegInnen sollen Interesse an »sperrigen« Themen wie europäische Beschäftigungs- oder Bildungspolitik und Alternativen entwickeln.

Wir wollen aus Malmö ein Jugendtreffen machen. Die DGB-Jugend hat sich darum gekümmert, dass beim ESF ein eigener Jugendbereich eingerichtet wird, in dem Jugendorganisationen und -verbände ihre Veranstaltungen anbieten.

Unsere Aktivitäten werden vom DGB-Jugend-Arbeitskreis Internationales koordiniert, in dem sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche aktiv sind und ein Großteil der Gewerkschaften repräsentiert ist.

Geplant: mehrere Workshops, die speziell die Perspektive junger Menschen aufgreifen.

Die Themen sind: Globales Organising, Flexicity, Bildung, Arbeitsrecht und Migration, Geopolitische Strategie der Europäischen Union und Medien.

Die DGB-Jugend strebt mit ihrem Engagement beim ESF eine soziale, ökologische und demokratische Gestaltung der Globalisierung an – unser Ziel dabei ist: nicht weniger als die internationale Vernetzung der europäischen Gewerkschaftsjugenden.

*René Rudolf ist DGB-Bundesjugendsekretär.*



# Gewaltenteilung in der EU

**Entscheidungen wollen getroffen werden. Wer trifft sie in der Europäischen Union?**

## Europäischer Rat

Der Europäische Rat ist das oberste Gremium der Europäischen Union (EU). Er setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU zusammen. Rechtlich gesehen ist er kein Organ der EU, sondern eine so genannte intergouvernementale Institution. Das ist ein völkerrechtlicher Begriff und bedeutet, dass es zwar eine Regierungszusammenarbeit der Mitgliedsstaaten gibt, die Entscheidungskompetenz aber bei den Staaten verbleibt. Somit hat auch jeder Staat bei Einstimmigkeitsentscheidungen ein Vetorecht.

Der Europäische Rat legt die politischen Leitlinien und Ziele fest. Er klärt in Ausnahmefällen auch Fragen, die auf Ministerebene (siehe Rat der EU) nicht geklärt werden können. Hauptsächlich beschäftigt sich der Rat allerdings mit groben Vorgaben für die weitere Entwicklung der EU. Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die die Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen koordinieren.

Der Europäische Rat tritt mindestens zweimal jährlich zum EU-Gipfel zusammen. Der Vorsitz, der auch Ratspräsidentschaft genannt wird, wechselt derzeit halbjährlich zwischen den Staats- und Regierungschefs in einem komplizierten Rotationsprinzip, das sowohl alphabetische Rangfolge als auch Bevölkerungsgrößen und Flächen der Mitgliedstaaten berücksichtigt.

## Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament (EU-Parlament) wird seit 1979 alle fünf Jahre direkt gewählt. Es ist die Vertretung von rund 494 Millionen Menschen und hat seinen Sitz in Straßburg. Weitere Dienstorte sind Brüssel und Luxemburg.

Die in den Mitgliedstaaten bestehenden politischen Strukturen spiegeln sich auch in den politischen Fraktionen wider. Es gibt sieben Fraktionen sowie eine Reihe von fraktionslosen Abgeordneten. In ihren Heimatländern sind die Abgeordneten Mitglied in rund 160 verschiedenen Parteien.

Das Parlament hat drei wesentliche Aufgaben: Es teilt sich die Gesetzgebung mit dem Rat der EU und bildet mit diesem gemeinsam auch die Haushaltsbehörde der EU. Außerdem kontrolliert das Parlament die EU-Kommission.



Vertritt 494 Millionen: Das EU-Parlament

Foto: dpa

Das einzige Gremium, das in der Gesetzgebung Initiativrecht hat, also Entwürfe für Verordnungen und Richtlinien einbringen kann, ist allerdings die EU-Kommission. Angenommen werden Gesetze in den meisten Politikfeldern nach dem Mitentscheidungsverfahren, bei dem Parlament und Rat gleichberechtigt sind und sich bei Uneinigkeit in dritter Lesung in einem Vermittlungsausschuss einigen müssen. Lediglich angehört werden muss das Parlament im Bereich der Agrar- und der Wettbewerbspolitik, der GASP und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit. Nicht einmal eine Anhörungspflicht besteht in der Gemeinsamen Handelspolitik.

## Rat der EU

Das wichtigste Entscheidungsorgan ist der Rat der EU, der umgangssprachlich Ministerrat genannt wird. Er hat eine wechselnde Zusammensetzung, weil er immer die MinisterInnen der Mitgliedsländer versammelt, die das gerade zu behandelnde Ressort betreuen. Bei Fragen der Außenbeziehungen treffen sich also die AußenministerInnen, wenn es um Finanzen und Ökonomie geht, die Wirtschafts- und FinanzministerInnen usw.

Der Ministerrat nimmt zusammen mit dem Parlament die Gesetzgebung – die Legislative – auf EU-Ebene wahr. Das stößt immer wieder auf Kritik: Schließlich gehören seine Mitglieder in ihren Nationalstaaten der Exekutive an. Das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung ist also nicht gewahrt.

Entscheidungen trifft der Ministerrat in Verfahrensfragen mit einfacher Mehrheit,

ansonsten einstimmig oder mit einer so genannten qualifizierten Mehrheit. Dabei orientiert sich die Stimmverteilung in etwa an den Bevölkerungszahlen, wobei die kleinen Staaten proportional bevorzugt werden.

## EU-Kommission

Die EU-Kommission ist im politischen System der EU die Exekutive und als solche für die Umsetzung der Beschlüsse von Ministerrat und Parlament zuständig. Darüber hinaus schlägt sie Rechtsvorschriften, politische Maßnahmen und Programme (Initiativrecht) vor.

Sie ist ein von den Mitgliedstaaten unabhängiges und somit supranationales Organ der EU, die Kommissare dienen der Gemeinschaft, nicht ihren jeweiligen Herkunftsstaaten.

Aktuell gibt es 27 KommissarInnen, von denen einer Kommissionspräsident ist. Die Kommission wird grundsätzlich alle fünf Jahre binnen sechs Monaten nach der Wahl des EU-Parlamentes neu besetzt. Der Kommissionspräsident wird vom EU-Rat bestimmt und benötigt ein Zustimmungsvotum des Parlaments. Dann wählt er in Absprache mit den Regierungen der Mitgliedstaaten die KommissarInnen aus. Aus jedem Mitgliedsland kommt ein Kandidat. Das Parlament kann die Kommission ablehnen – aber nur als Ganzes.

## Europäischer Gerichtshof (EuGH)

Der EuGH mit Sitz in Luxemburg ist das rechtsprechende Organ der EU und nimmt somit die Rolle der Judikative ein. Er soll dafür sorgen, dass das europäische Recht einheitlich ausgelegt wird. [S](#)

# Die EU – kein Selbstzweck

**Denn ihre Aufgabe ist es, sozialen Fortschritt zu bringen, sagt Gabriele Bischoff vom DGB – und plädiert für eine offensivere Jugendpolitik.**

**Welche Auswirkungen hat der Lissabon-Vertrag auf die Arbeit der Gewerkschaften?**

Natürlich bietet der neue Vertrag sowohl Anlass für Kritik als auch positive Anknüpfungsmöglichkeiten. In einigen für uns wichtigen Punkten ist er besser als der geltende Nizza-Vertrag: Die Grundrechte-Charta wird verbindlich gemacht – dies ist ein zentrales Anliegen der europäischen Gewerkschaften.

Auch die Anerkennung der besonderen Rolle der Sozialpartner und des sozialen Dialogs kann die Arbeit der Gewerkschaften stärken. Und der Artikel zur Daseinsvorsorge kann durchaus unseren Handlungsspielraum erweitern. Dazu haben wir gerade ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.

Aber die wirtschafts- und währungspolitische Ausrichtung des Lissabon-Vertrags kritisieren wir. Hier ist kein Fortschritt in Sicht.

**Was unternehmen die Gewerkschaften?**

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB fordert eine soziale Fortschrittsklausel. Damit knüpfen wir an die im Vertrag bereits enthaltene Verpflichtung des Artikels 136 an, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen im Wege des Fortschritts zu verbessern. Die EU ist schließlich kein Selbstzweck. Wir hoffen, dass sich Deutschland in dieser Frage an die Spitze stellt und auch im Rat eine entsprechende Initiative einbringt.

Wir nehmen die neueren Urteile des Europäischen Gerichtshofes (siehe Seite 10) zum Anlass, eine nachhaltige Initiative zur sozialen Gestaltung des Binnenmarktes zu starten, die bis zum Ende 2009 laufen soll – auch mit Blick auf die Wahlen zum EU-Parlament 2009 und die Besetzung der neuen Kommission. Wir akzeptieren nicht, dass die Dienstleistungsfreiheit höher bewertet wird als soziale Grundrechte.

**Inwieweit ist das europaweit mobilisierungsfähig?**

Wir glauben, dass wir dafür viele Bündnispartner gewinnen können. Die Akzeptanz des Europäischen Projektes hängt wesentlich von der sozialen Balance ab – als reines

Binnenmarktprojekt hat die EU keine Zukunft: Die Akzeptanz schwindet, gleichzeitig sind die Erwartungen hoch, dass die EU in den Bereichen Soziales und Beschäftigung konkrete Verbesserungen schafft und zur sozialen Gestaltung der Globalisierung beiträgt – das zeigen europäische Umfragen.

**Wie stark ist der Einfluss der Gewerkschaften in Brüssel?**

Besser als vor ein paar Jahren. Das hängt einerseits mit der guten Arbeit im EGB zusammen, aber auch damit, dass wir mit unserem Büro in Brüssel so gut präsent sind.

Für uns spielt das EU-Parlament eine zentrale Rolle. Ohne das Engagement der Parlamentarier wäre das soziale Europa noch viel schwächer ausgeprägt. Belege dafür sind deren Engagement bei der Dienstleistungsrichtlinie oder zur Eurobetriebsrats-Richtlinie (siehe Seite 12). Deshalb ist die Stärkung des Parlaments durch den Lissabon-Vertrag auch gut.

**Welche Auswirkungen hat die EU-Politik auf das Leben junger Leute?**

Obwohl ein Konsens da ist, dass Jugendpolitik ein ganz wichtiges Thema ist, kommt das in der Praxis zu wenig an. Wir haben es häufig nur mit Absichtserklärungen zu tun, wie dem Jugendpakt 2006. Gleichzeitig ha-

ben wir nach wie vor gravierende Probleme in Europa zu lösen – die Zahl der Schulabbrecher zu verringern, bessere Übergänge zu schaffen zwischen Ausbildung und Beruf. Anknüpfungspunkte sehen wir zum Beispiel bei der Flexicurity-Debatte (siehe Seite 7). Wir sollten nicht zulassen, dass diese dazu benutzt wird, einer völligen Flexibilisierung das Wort zu reden. Wir müssen die Debatte weiter offensiv aufgreifen und thematisieren: Wie viele und welche Sicherheiten und welche Flexibilität brauchen Jugendliche, um lebenslang beruflich gut aufgestellt zu sein und mit dem nötigen Optimismus die Zukunft anzupacken?

**Was wäre aus deiner Sicht die Hauptaufgabe gewerkschaftlicher Jugendarbeit?**

Grundsätzlich überlasse ich diese Schwerpunktsetzung der Jugend. Europaweit wünsche ich mir ein jugendlicheres Erscheinungsbild der Gewerkschaften und dass Jugendliche als Gewerkschafter überall wahrgenommen werden. Das darf nicht auf die Jugendausschüsse reduziert werden – auch in den Entscheidungsgremien sollten alle Altersgruppen vertreten sein. Insgesamt gilt es, mehr junge Menschen für uns zu gewinnen und dauerhaft für sie attraktiv zu bleiben. ☐

*Gabriele Bischoff leitet die Abteilung Europapolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB.*



## DARUM GEHT'S

### Lissabon-Vertrag

Der Vertrag von Lissabon stellt Europa auf eine neue rechtliche Grundlage. Mit ihm soll die auf 27 Mitgliedstaaten angewachsene EU handlungsfähiger werden. Damit der Reformvertrag, der die gescheiterte EU-Verfassung ersetzt, am 1. Januar 2009 in Kraft treten kann, muss er noch von den meisten Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

#### Die wichtigsten Inhalte:

- ☐ Ein Ratspräsident übernimmt den Vorsitz im Rat der Staats- und Regierungschefs für 2½ Jahre
- ☐ Das Prinzip der doppelten Mehrheit soll die Gleichheit der Mitgliedsstaaten und die Gleichheit der BürgerInnen berücksichtigen. Beschlüsse erfordern demnach eine Mehrheit von 55% der Mitgliedsländer. Insgesamt müssen 65% der EU-Bevölkerung zustimmen
- ☐ Die Zahl der KommissarInnen wird ab 2014 auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedsstaaten verringert
- ☐ Das Mitspracherecht der nationalen Parla-

mente im europäischen Gesetzgebungsverfahren soll verbessert werden

- ☐ Im Gesetzgebungsverfahren wird das Mitentscheidungsverfahren zum Regelfall. Damit ist das EU-Parlament als Gremium der BürgerInnen Europas gleichberechtigt gegenüber dem Ministerrat
- ☐ Die Grundrechte-Charta wird durch einen verweisenden Artikel in den Mitgliedsländern rechtsverbindlich
- ☐ Das Bürgerbegehren wird eingeführt.

**Zur Kritik:** Die Gewerkschaften haben eine Ergänzung des Lissabon-Vertrags gefordert, die Sozialstandards benennt. Der Lissabon-Vertrag sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reiche aber nicht aus, weshalb es dringend einer verbindlichen sozialen Fortschrittsklausel bedürfe. Darüber hinaus sollte u.a. das Recht von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften anerkannt werden, sich sowohl für den Schutz von bestehenden Standards als auch für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Union einzusetzen. ☐

# Hoher Interessensfaktor

**Beim ESF in Malmö werden die Gewerkschaften eine größere Rolle spielen als bisher.**

Von **Felix Lee**

**N**achdem die Europäischen Sozialforen (ESF) in den vergangenen Jahren in Florenz, Paris und London stattgefunden haben, mag sich so manch ein Aktivist fragen: Was hat das Vorbereitungskomitee geritten, ausgerechnet die schwedische Stadt Malmö als nächsten Austragungsort auszuwählen? Gerade einmal 260.000 Einwohner hat der Ort. Und als Hort des Widerstandes sozialer Bewegungen ist Malmö bisher nicht aufgefallen.

**»Schweden ist ein Beispiel, wie in den vergangenen Jahren ein einst...**

Der Schein trägt. Eine kurze Fahrt über

die Öresundbrücke genügt – und Malmö Einzugsgebiet umfasst einschließlich Kopenhagen mehr als zwei Millionen Menschen. Zudem ist die alte Industriestadt immerhin eine Hochburg der schwedischen Gewerkschaftsbewegung, in einem Land, in dem 80 Prozent der Erwerbstätigen gewerkschaftlich organisiert ist. »Schweden ist ein Beispiel, wie in den vergangenen Jahren ein einst hochentwickelter Sozialstaat zum Absturz gebracht wurde«, sagt Hugo Braun vom Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

Die Erfahrungen, die die schwedischen

Gewerkschaften dabei gemacht haben, könnten beim ESF Stoff für spannende Debatten bieten. Rund 20.000 TeilnehmerInnen werden erwartet, sagt Braun, der im Vorbereitungskomitee für die deutsche Sektion sitzt. Aus Deutschland wollen einige Hundert anreisen.

**Sozialforen** verstehen sich als Gegenveranstaltung zu den Wirtschaftsgipfeln der Mächtigen, also der Welthandelsorganisation, dem Davoser Weltwirtschaftsforum, den G8- und EU-Gipfeln. Das erste große Sozialforum war das Weltsozialforum (WSF), das 2001 in Porto Alegre stattfand.

Mehr als 100.000 GlobalisierungskritikerInnen sowie VertreterInnen von Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen strömten in die brasilianische Hafenstadt, um eine Woche lang über Gegenstrategien zum globalen Neoliberalismus zu diskutieren.

Das WSF wurde zum Symbol für die damals noch junge globalisierungskritische Bewegung. Seitdem findet das Treffen regelmäßig, aber an wechselnden Orten statt.

Das ESF ist der Versuch, die Prinzipien des WSF regional herunterzubrechen. Es fand zum ersten Mal im November 2002 in Florenz statt. Weitere ESF in Paris, London und Athen folgten.

»Es gibt schon lange den Wunsch, das ESF auch einmal im europäischen Norden zu haben«, sagt Attac-Vertreter Braun. Die Entscheidung für Malmö kam zustande, weil die dortige grün-linke Stadtregierung ihre Unterstützung zusagte. »Hinter einem solchen Großevent steht ein immenser Kostenaufwand«, erklärt Braun.

In Deutschland habe bisher noch keine Stadt ihre Hilfe angeboten. Deshalb sei dort auch noch kein ESF zustande gekommen. Immerhin fanden hierzulande bisher zwei Sozialforen auf nationaler Ebene statt: ein deutsches Sozialforum 2005 in Erfurt und das zweite im Herbst 2006 in Cottbus.

**Die GlobalisierungskritikerInnen** werden in Malmö auf eine nur kleine Bewegung stoßen. Zwar hatte es im Juni 2001 zeitnah zu den G8-Protesten in Genua auch in Göteborg Proteste gegeben. Göteborg war Gastgeber des EU-Gipfels. Über 50.000 Menschen gingen damals auf die Straße. Nachdem es jedoch zu massiven Auseinander-



setzungen zwischen der Polizei und DemonstrantInnen kam, war die außerparlamentarische Linke in Schweden danach vor allem damit beschäftigt, Sympathien zurückzugewinnen. »Attac Schweden hat sich erst in den letzten Jahren wieder davon erholt«, sagt Braun.

Umso mehr Input erhoffen sich die ESF-TeilnehmerInnen von den skandinavischen Gewerkschaften. In ihrem Fokus habe lange Zeit die Sozialpartnerschaft gestanden, sagt Jessica Heyser von der DGB-Jugend. Im Zuge des Sozialabbaus auch in Schweden habe sich das geändert. »Deshalb zeigen die dortigen Gewerkschaften auch so großes Interesse am ESF«, so Heyser.


**Neun so genannte**

**Themenachsen** soll es in Malmö geben.

Dahinter verbergen


sich grundsätzliche Fragen, die GewerkschaftsaktivistInnen europaweit umtreiben: Wenn Unternehmen immer transnational agieren und sich über nationale Tarifverträge hinwegsetzen – müssten da nicht auch die Gewerkschaften viel stärker auf europäischer Ebene handeln? Wie können sich die jeweiligen Belegschaften besser untereinander absprechen, wenn zum Beispiel der Opel-Mutterkonzern General Motors versucht, das Bochumer Werk gegen die Werke im polnischen Gliwice auszuspielen?

Frank Lütticke von der IG-Metall-Jugend setzt auf eine regelmäßige europaweite Vernetzung nicht nur bei der Gewerkschaftsjugend. Auch von Umweltinitiativen wie Friends of the Earth und anderen erhofft er sich neue Impulse. »Vielleicht gelingt es sogar, uns auf gemeinsame Aktionstage zu einigen«, hofft Lütticke.

**Nach den vergangenen Sozialforen** wurde den Organisatoren häufig vorgeworfen, ihre Treffen würden angesichts der Fülle an Themen und der vielen unterschiedlichen GruppenvertreterInnen immer mehr zu einem diffusen und ergebnislosen »Jahrmarkt der Linken«. In Malmö wollen die AktivistInnen deswegen einige wenige zentrale Themen hervorheben. Die Voraussetzungen dafür stünden gut, sagt Braun. 

## DIE THEMEN DES ESF

### Soziales: Hoch im Kurs

- Einsatz für soziale Integration und soziale Rechte
- Einsatz für eine nachhaltige Welt, Nahrungssouveränität, Umwelt- und Klimagerechtigkeit
- Diskussion eines demokratischen und auf Rechten basierenden Europas
- Kampf für Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, Anerkennung der Verschiedenheit
- Aufbau eines Europas des Friedens und der Solidarität
- Diskussion von Arbeitnehmerstrategien für faire Arbeit und Würde für alle
- Förderung alternativer Wirtschaftsformen
- Demokratisierung des Wissens, der Kultur, der Bildung, der Informationen und Massenmedien
- Einsatz für ein Europa ohne Ausgrenzung und der Gleichberechtigung von Flüchtlingen und EinwanderInnen. 

# Die neue Zauberformel

**Flexicurity: Mit einer Mischung aus Flexibilität und Sicherheit soll der europäische Arbeitsmarkt für den globalisierten Wettbewerb hergerichtet werden. Von Beate Willms**

**I**m Dezember 2007 haben die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten einen »neuen Zyklus der Lissabon-Strategie« beschlossen: Neben den Bereichen »Wettbewerb«, »Vollendung des Binnenmarkts« und »Modernisierung der Verwaltung« gehört nun auch »Flexicurity« zu den großen Zielen.

Gemeint ist eine Kompromissformel in der Arbeitsmarktpolitik, die einen Interessenausgleich zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen herstellen soll: Die ArbeitgeberInnen fordern mit dem Schlagwort Flexibilisierung, den Kündigungsschutz zu lockern, die ArbeitnehmerInnen sind vor allem an der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bzw. der Aufrechterhaltung ihrer Beschäftigung interessiert. Flexicurity ist also nicht anderes als ein Kofferwort aus den englischen Begriffen *flexibility* und *security*.

Konkret heißt es in dem Beschluss der Regierungschefs: »Flexicurity beinhaltet die bewusste Kombination flexibler und verlässlicher vertraglicher Vereinbarungen, umfassender Strategien des lebenslangen Lernens, wirksamer und aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie moderner, angemessener und nachhaltiger Systeme der sozialen Sicherheit.«

2008 noch sollen in allen EU-Mitgliedsstaaten entsprechende Strategien diskutiert und entwickelt werden. In Deutschland hatte der Bundesrat bereits im September 2007 die Bundesregierung aufgefordert, »sich bei zukünftigen Reformschritten stärker als bisher am Flexicurity-Ansatz zu orientieren und die Fortschritte bei der Umsetzung des Flexicurity-Ansatzes in den jährlichen Nationalen Reformprogrammen bzw. Fortschrittsberichten an exponierter Stelle darzulegen.«

»Das neue EU-Kunstwort verspricht eine Versöhnung von *flexibility* und *security*«, meint IG Metall-Gewerkschaftssekretär Klaus Pickshaus. In diesem Sinne sei sie »ein Produkt der modernisierten Sozialdemo-

kratie, in der einerseits wachsende Ungleichheiten zur Kenntnis genommen werden, mit der andererseits aber die wettbewerbsorientierte Lissabon-Strategie effektiviert werden soll.«

Tatsächlich sind die »wachsenden Ungleichheiten«, von denen Pickshaus spricht, durchaus auch ein Ergebnis bisheriger Flexibilisierungsstrategien: Was neuere Beschäftigungsformen wie befristete und Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit oder 400 Euro-Jobs gemeinsam haben, ist vor allem ein hohes Prekaritätsrisiko. Und sie sind auf dem Vormarsch: Nach Informationen

des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB arbeiten in Europa bereits 32 Millionen ArbeitnehmerInnen in befristeten Verhältnissen, zehn Millionen mehr als noch vor zehn Jahren. 40 Millionen sind teilzeitbeschäftigt, ein Fünftel davon zwangsweise – sie finden keinen Vollzeitjob. Besonders erschreckend: 31 Millionen Erwerbstätige erhalten nur Armutslöhne, 17 Millionen leben bereits in Armut.

Ob das Flexicurity-Konzept der EU diesen Trend ändern oder sogar umdrehen kann, ist fraglich: Eine wirklich genaue Vorstellung haben die Strategen bislang weniger davon,

Gib Gummy: Flexibilität – auf dem Vormarsch



Foto: plainpicture / fstop

wie der Sozialstaat und damit die soziale Sicherung der Beschäftigten an die veränderten Bedingungen angepasst werden kann.

Was sie dagegen sehr wohl wissen, ist, wie sie die Arbeitsmärkte flexibler gestalten wollen: Die ArbeitnehmerInnen sollen mobiler, in der Arbeitsmarktpolitik »aktivierende Elemente« gestärkt werden.

Was das heißt, haben die Erfahrungen

mit dem so genannten Um- und faktischen Abbau des Sozialstaats und konkret Hartz IV in Deutschland in den letzten Jahren gezeigt: »Aktivieren« meint nichts anderes als disziplinieren und Zumutbarkeiten zu verschärfen. Die Ergebnisse sind bekannt: Betroffene werden demoralisiert, Mitnahmeeffekte für die Unternehmen und Niedriglöhne provoziert.

Zwar gehört die Forderung nach »lebenslangem Lernen« mit zum Flexicurity-Konzept, es fehlen aber einklagbare Ansprüche und Rechte der Beschäftigten. Pickshaus: »Wer sich weiterbildet, soll für die Kosten selbst aufkommen.«

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB kritisiert die Flexicurity-Grundsätze entsprechend als einseitig. Offenbar gehe man von falschen Voraussetzungen aus, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid

Sehrbrock. »Aus der gestiegenen Zahl flexibler, aber eben oft auch prekärer Arbeitsverhältnisse sollte nicht der Schluss gezogen werden, dass Normalarbeitsverhältnisse durch Abbau von Arbeitnehmerrechten – insbesondere des Kündigungsschutzes – an diese unsicheren und befristeten Arbeitsverhältnisse angepasst werden.«

Im Gegenteil gehe es darum, zu definieren, was unter den gegebenen Umständen »Gute Arbeit« sein kann. Dazu gehören die Eindämmung prekärer Beschäftigung und die Verringerung der Risiken, die diese mit sich bringt, die Begrenzung von Arbeitszeit und Leistung »auf ein gesundes Maß«, sowie die altersgerechte und lernförderliche Gestaltung von Arbeit.

Weltfremd sind die GewerkschafterInnen damit keinesfalls. Denn auch das EU-Parlament verlangt eine Reihe konkreter Verbesserungen an der Kommissionsstrategie, die den Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffen. So plädieren die ParlamentarierInnen für das gleiche Schutzniveau für LeiharbeiterInnen sowie generell eine bessere Überwachung bekannter und möglicher neuer Gesundheitsgefahren. S

# Dänemarks Welt

*Dass es nicht völlig abwegig ist, Sicherheit und Flexibilität zusammenzudenken, macht Dänemark seit Jahren vor. Mit weniger Kündigungsschutz ist das allerdings nicht getan.*  
Von **Beate Willms**



**D**ie Dänen sind glücklicher als andere Europäer. Nicht weil sie ein besonders heiteres Gemüt haben, sondern aus einem ganz handfesten materiellen Grund: Sie fühlen sich sicherer als die allermeisten ihrer Nachbarn. Das haben Wissenschaftler in vergleichenden Umfragen herausgefunden.

Und eine neuere Studie der Organisation für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, bestätigt: Sie haben auch real eine bessere soziale Absicherung.

Auch wer schon fünf Jahre ohne Job ist, bekommt immer noch 59 Prozent seines letzten Nettogehalts. Das ist der höchste Anteil in allen OECD-Ländern und fast zwei Drittel mehr als in Deutschland. Und zugleich gibt es in Dänemark viel weniger Arbeitslose. Nach den offiziellen Zahlen von Eurostat hatte das Land 2007 mit durchschnittlich 3,4 Prozent die niedrigste Erwerbslosenquote in allen 27 EU-Ländern. Anfang 2008 sank sie sogar auf 2,1 Prozent.

Auch in der Jugendarbeitslosigkeit ist Dänemark weit vorn: Sie liegt bei 3,3 Prozent. Zum Vergleich: In Frankreich beträgt sie 20 Prozent.

**Das alles sind Erfolge** einer Politik, die die dänische Regierung seit Ende der neunziger Jahre betreibt. Unter dem Schlagwort »Flexicurity« hat sie eine Mischung aus einem extrem flexiblen Arbeitsmarkt und einer weit gehenden sozialen Absicherung entwickelt. Auf der anderen Seite funktioniert aber auch das Sozialversicherungssystem ganz anders als etwa das deutsche. Renten- und Krankenkassen werden nicht über Beiträge der abhängig

Beschäftigten finanziert, sondern über Steuern. Das heißt,

auch Selbstständige, Aktionäre und Beamte zahlen mit – soziale Lasten werden so breiter verteilt.

Die Arbeitslosenversicherung ist generell Sache der Branchengewerkschaften,

die Versicherungsfonds einrichten. Mehr als 80 Prozent der Beschäftigten sind organisiert. Das Arbeitslosengeld beträgt bis zu 90 Prozent des letzten Nettoeinkommens, ist aber bei 14.000 Kronen im Monat gedeckelt, tatsächlich bekommen Arbeitslose im Durchschnitt eher 70 Prozent. Aber: Auch die Löhne liegen höher.

**Dänischer Arbeitsmarkt: Auch wer schon fünf Jahre ohne Job ist...**

**...bekommt immer noch 59 Prozent seines letzten Nettogehalts.**

So ist es nachvollziehbar, dass der flexible Arbeitsmarkt auch von dänischen ArbeitnehmerInnen eher als Chance wahrgenommen wird. Bei einer Momentaufnahme im Jahr 2002 bestand ein Fünftel der Arbeitsverhältnisse noch nicht einmal ein Jahr, nicht ganz jeder Dritte war länger als zehn Jahre im selben Job beschäftigt. Nur zum Vergleich: In Deutschland war jeder Siebte noch kein Jahr in seinem Betrieb, aber beinahe jeder Zweite länger als zehn Jahre.

**Zur Flexicurity-Strategie** gehört auch das »Fördern und Fordern« – eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die

dafür sorgen soll, dass die Lücken im Lebenslauf klein bleiben.

Allerdings: Hier zeichnet sich in den letzten Jahren ein Trend zu mehr »Fordern« ab. Wie in andere EU-Ländern wurde die Sozialhilfe, die in Dänemark nach vier Jahren Arbeitslosengeld einspringt, gekürzt, Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose und SozialhilfebezieherInnen wurden verschärft.

Dass das trotzdem bislang erfolgreiche System so einfach als Modell für andere Länder wie etwa Deutschland gelten kann, glaubt allerdings niemand so recht. Aus verschiedenen Gründen: Die ArbeitgebervertreterInnen neigen dazu, zwar Flexibilität ohne Ende zu fordern, erklären aber die höhere soziale Absicherung für nicht machbar. Die Deutschen seien »zu wenig ehrlich«, spricht: Sie neigten dazu, Angebote des Sozialstaates über Gebühr auszunutzen. Hier klingt wieder das alte – durch keinerlei Statistik belegte – Feindbild vom »Sozial-schmarotzer« durch. Beim arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft findet man den dänischen Sozialstaat schlicht »zu teuer«.

Offener zeigen sich die Gewerkschaften, die eine Weiterentwicklung und Anpassung an die deutsche Realität für durchaus diskussionswürdig halten. Hierfür sei es allerdings wichtig, ein gewisses Vertrauen zwischen den Sozialpartnern herzustellen, heißt es etwa beim DGB-Nord. Und auch die Politik müsse mitziehen. Das bedeutet: Mindestlöhne und eine Pflichtversicherung für alle. [S](#)

## SOZIALSTAAT

### Sicherheit durch Flexibilität

Allgemein kennt man drei Formen von Sozialstaatsregimen: liberal, sozialdemokratisch und konservativ:

Der **liberale Wohlfahrtsstaat**, wie er in Europa in Großbritannien und ansonsten in den USA, Kanada, Neuseeland und Australien besonders ausgeprägt ist, betont die Rolle des Marktes und privater Vorsorge. Mit geringen Sozialleistungen verhindert er gerade mal die schlimmste materielle Not. Der Grad arbeitsrechtlicher Regulierung ist gering, aktive Arbeitsmarktpolitik spielt kaum eine Rolle. Die soziale Sicherung für Erwerbstätige ist also grundsätzlich eingeschränkt – sowohl für so genannte normale als auch für flexible Arbeitsverhältnisse.

Den **konservativen Typus des Sozialstaats** verkörpern Deutschland, Österreich, Italien und die Niederlande. Er orientiert sich am »Normalarbeitsverhältnis«, indem er einen

Großteil der Sozialleistungen an das Sozialversicherungssystem knüpft. Die arbeitsrechtliche Regulierung ist relativ hoch. Lange Zeit galt das konservative Sozialstaatsmodell als Garant für weitestgehende Lebensstandardsicherung und Stuserhalt: Wegen der zunehmenden Bedeutung von prekären Arbeitsverhältnissen zerfällt es aber zusehends – wer teilzeit-, befristet, schlecht bezahlt, in Leiharbeit oder sonstwie prekär beschäftigt ist, wird im sozialen Sicherungssystem nur teilweise erfasst. Die bislang geringe Bedeutung von – zunächst zusätzlicher – privater Vorsorge steigt.

Als **typisch sozialdemokratisch** gilt der Sozialstaat skandinavischer Prägung. Er betont die Rolle des Staates und orientiert sich an sozialen Bürgerrechten. Der Schutz vor Marktabhängigkeiten ist deshalb universalistisch, das Leistungsniveau hoch. Zugleich sind aber auch Arbeitsrechte kaum geregelt, die Bedeutung privater Vorsorge steigt auch hier. Grundsätzlich bietet er aber auch für flexible Arbeitskräfte noch die größte Sicherheit. [S](#)

# Wegwerfarbeitnehmer

**Der Standort-Wettbewerb in Europa führt zu Lohndumping und Subventions-Hopping.**

**Wie zuletzt bei Nokia.**

Von **Andreas Wyputta**

**M**it dem Arbeitsrecht drohte Klaus Goll, Deutschland-Chef des finnischen Handy-Herstellers Nokia, seinen MitarbeiterInnen noch bis zur entscheidenden Aufsichtsratsitzung Anfang April 2008. Nokianer, die vor der Deutschland-Zentrale des Konzerns gegen die Schließung ihres Werks in Bochum demonstrieren wollten, während drinnen GewerkschafterInnen, Betriebsräte und UnternehmensvertreterInnen Eckpunkte eines Sozialplans berieten, mussten »mit arbeitsrechtlichen Maßnahmen« rechnen. Auch behalte er sich vor, »diese Zeiten nicht als Arbeitszeit anzuerkennen«, warnte Goll.

Der Grund für die nervöse Reaktion des Managers: Betriebsrat und IG Metall hatten im Kampf um einen gut ausgestatteten Sozialplan, um Ersatzarbeitsplätze ihre stärkste Waffe mobilisiert – die Medien. Vor der Düsseldorfer Deutschland-Zentrale warteten nicht nur Nachrichtenagenturen auf Ergebnisse, sondern auch viele Printjournalisten, Fernseherteams und Fotografen. Zur Pressekonferenz direkt im Anschluss an die Aufsichtsratsitzung hatten Gewerkschaft und Betriebsrat gebeten. Sollte sich das Unternehmen stur stellen, würden wieder Bilder von Hunderten wütender Nokia-Beschäftigten um die Welt gehen.

**Dem Handyhersteller** drohte damit eine neue Welle der Wut, des Boykotts. Das Kontrollgremium reagierte entsprechend: Der finnische Nokia-Vorstand Veli Sundbäck, Aufsichtsratschef von Nokia-Deutschland, erhöhte das Sozialplanvolumen von knapp 70 auf 200 Millionen Euro. Rein rechnerisch stehen damit für jeden der rund 2.300 festangestellten Bochumer Nokianer gut 80.000 Euro zur Abfindung bereit – die »Bild«-Zeitung berichtete sofort gierig von Höchstsummen bis zu 220.000 Euro.

15 Millionen Euro sollen in eine Transfergesellschaft fließen, in der sich die MitarbeiterInnen höchstens zwölf Monate lang weiterqualifizieren können. Danach droht aber weiter die Arbeitslosigkeit, der Abstieg auf Hartz IV-Niveau. Die Frage von Ersatzarbeitsplätzen ist noch immer völlig ungeklärt. Auch die von Betriebsrat und Gewerkschaft geforderte Verschiebung der Werksschließung wenigstens bis Ende De-

zember 2008 lehnte Aufsichtsratschef Sundbäck kategorisch ab.

**Raus aus Deutschland**, koste es, was es wolle, war das Motto des Nokia-Vorstands: Schließlich zahlt der Handyhersteller im rumänischen Cluj, wohin die Bochumer Produktion bereits seit Wochen verlagert wird, lediglich Monatslöhne von 800 Lei brutto – das sind etwa 220 Euro und damit nur die Hälfte des in Rumänien üblichen Durchschnittslohns.

Doch auch das **Mobile Telefonbranche: Raus aus Deutschland, koste es was es wolle, war das Motto des Nokia-Vorstands.** Sozialplanvolumen von 200 Millionen Euro mussten Betriebsräte und GewerkschafterInnen hart erkämpfen. Streiks als Druckmittel fielen in Bochum aus: Viele der Nokianer im Werk an der Herner Straße waren wie die ursprünglich über 1.000 zusätzlich beschäftigten LeiharbeiterInnen nur angelernt – eine Pro-

winne geschrieben hat, geht erneut eine Protestwelle durch das Ruhrgebiet.

**Auch die Politik reagiert:** Die CDU protestiert wie Grüne und SPD gegen die Gewinnmaximierungsstrategie, die der Konzern ohne jede Rücksicht auf seine MitarbeiterInnen fährt und die der DGB bei jeder Gelegenheit anprangert. Die Linkspartei ist auf jeder Kundgebung mit hunderten Parteimitgliedern vertreten. NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) droht Nokia wegen nicht eingehaltener Arbeitsplatzgarantien

mit der Rückforderung von Subventionen in Höhe von 41 Millionen Euro – mit Zinsen insgesamt 60 Millionen Euro.

Auch nach der Vereinbarung der Sozialplan-Eckpunkte mahnt Nordrhein-Westfalens CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers die »Schaffung von Arbeitsplätzen und die wirtschaftliche Stärkung des Standorts Bochum« an.

Doch ob im mittleren Ruhrgebiet tatsächlich Ersatzarbeitsplätze gerade für geringer Qualifizierte entstehen, bleibt fraglich. Zwar erwägt der kanadische Blackberry-Hersteller RIM, ein neues Forschungszentrum in Bochum anzusiedeln. Aber: »Sie sprechen Ingenieure an, keine Arbeiter«, sagt die Bochumer Bevollmächtigte der IG Metall, Ulrike Kleinebrahm.

**Um die Vernichtung von Arbeitsplätzen** trotz sprudelnder Gewinne künftig wirkungsvoll zu verhindern, wäre dagegen eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte nötig, weiß Nordrhein-Westfalens DGB-Chef Guntram Schneider. Er fordert deshalb von Ministerpräsident Rüttgers eine Bundesratsinitiative zur Änderung der Unternehmensmitbestimmung.

Werksschließungen sollen künftig nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat durch gewunken werden. »Es darf nicht ganz ohne die Arbeitnehmervertreter gehen«, sagt Schneider. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund EGB fordert eine Aufwertung und bessere Information der Europäischen Betriebsräte – um künftig zu verhindern, dass multinationale Konzerne wie Nokia Belegschaften gegeneinander ausspielen können. Noch aber spielt der europäische Arbeitgeberverband BusinessEurope auf Zeit – und die EU-Kommission schaut zu. [S](#)

Infos: [www.igmetall-nokia.de](http://www.igmetall-nokia.de)



Öffentlichkeit, wo es geht: Nokianer-Protest

Foto: Manfred Vollmer

duktionsverlagerung für den weltweit tätigen Handyhersteller ist deshalb kein Problem.

Stattdessen konnten die ArbeitnehmervertreterInnen nur auf eine Mobilisierung von Öffentlichkeit und damit von Politik setzen. Die Proteste gegen das am 15. Januar 2008 völlig überraschend verkündete Aus werden deshalb medienwirksam inszeniert. Schon eine Woche später demonstrieren über 15.000 Menschen in der Bochumer Innenstadt gegen die Werksschließung. Als der Gesamtkonzern nur zwei Tage später den Rekordgewinn von 7,2 Milliarden Euro für 2007 verkündet, als bekannt wird, dass auch das Bochumer Werk Millionenge-

# Arbeitskampfrecht in Gefahr

**Der EU-Gerichtshof hebt Arbeitnehmerrechte aus. Der freie Markt für Dienstleistungen und Arbeitskraft soll vorrangig sein.**  
 Von **Reinhard Wolff**

**I**n der EU soll Platz für ein Nebeneinander unterschiedlicher Sozialstaatskonzepte sein. Doch nun befürchten GewerkschafterInnen in Schweden und Dänemark, dass nationale Errungenschaften ihrer Wohlfahrtsstaatsmodelle durch Brüssel bedroht sind. Und darüber hinaus womöglich grundlegende Arbeitnehmerrechte in ganz Europa.

Der Grund: ein Urteil des EU-Gerichtshofs (EUGH), mit dem die Richter in Luxemburg nach Meinung von KritikerInnen eine unzulässige Grenze überschritten haben: Sie hätten sich erstmals angemaßt, die Geltung nationalen Arbeitskampfrechts auf dessen Vereinbarkeit mit Gemeinschaftsrecht zu überprüfen. Und dabei Schranken für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen verordnet, die es im nationalen Recht überhaupt nicht gibt.

**Das Musterverfahren**, um das es geht, ist das im Dezember 2007 verkündete »Vaxholm«-Urteil. Es ging um die Frage, welche Rechte Gewerkschaften gegen Firmen haben, die auf dem Weg über das EU-Entscheidungsabkommen mit von ihnen importierter Billig-Arbeitskraft in einem Mitgliedsland einen zweiten Arbeitsmarkt etablieren wollen, in dem massives Lohndumping herrscht.

Konkret hatte im Jahr 2004 eine in Lettland ansässige Baufirma im schwedischen Vaxholm einen Auftrag angenommen. Sie brachte ihre eigenen Arbeiter über die Ostsee mit und bezahlte diese nach dem lettischen Tariflohn, der weniger als halb so hoch ist wie der schwedische. Einer Aufforderung, sich an den schwedischen Tarifvertrag zu halten, kam sie nicht nach.

Daraufhin verhängte die Bauarbeitergewerkschaft eine Blockade über die Baustelle – eine nach schwedischem Arbeitskampfrecht zulässige und übliche Reaktion. Das lettische Unternehmen kündigte den Auftrag und klagte gegen die Rechtfertigung der Blockade – formal im eigenen Namen, tatsächlich aber betrieb der schwedische Unternehmerverband das Verfahren. Offenbar sah man eine Chance, mithilfe des



EU im Aufbau – mit Billiglohn? Lettische Arbeiter in Vaxholm, 2004

Foto: dpa

EU-Gemeinschaftsrechts als zu weitreichend empfundene nationale Gewerkschaftsrechte einzuschränken.

**Und der Verband** hatte zumindest teilweise Erfolg. Der EU-Gerichtshof bewertet die Kampfmaßnahme als eine Einschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs. Eine solche sei nur dann gerechtfertigt, wenn es den Gewerkschaften darum gehe, Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu bewahren oder sie gegen Lohndumping zu schützen. Sie müssten aber die »Verhältnismäßigkeit« wahren. Voraussetzung sei zudem, dass es deutliche

rechtliche Vorgaben für Unternehmen gebe – Stichwort: Mindestlöhne. Die Firmen dürften also nicht erst gezwungen sein, mit Gewerkschaften zu verhandeln oder sich mit Einzelheiten des Tarifvertragsrechts auseinanderzusetzen. Dies sei für ein ausländisches Unternehmen zu komplex. Folglich könnten Arbeitskampf-Maßnahmen eine nach Gemeinschaftsrecht nicht hinzunehmende »Diskriminierung« darstellen.

Nun gibt es zwar in den meisten EU-Ländern arbeitsrechtliche Mindestvoraussetzungen in Form gesetzlicher Mindestlöhne. In Schweden und Dänemark – ähnlich wie in Deutschland – allerdings gerade nicht. In Skandinavien gilt aufgrund einer gefestigten Tradition der Grundsatz, dass der Gesetzgeber sich nicht in diesen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern autonom geregelten Sektor einzumischen hat. Hier gelten allein die tariflichen Regelungen.

**Das Urteil aus Luxemburg** verwundert nicht nur in seiner Fürsorge für Unternehmen. Es stellt auch einen Eckpfeiler des historisch gewachsenen skandinavischen Sozialstaatsmodells und womöglich das Arbeitskampfrecht insgesamt infrage.

Darüber hinaus verlangt es indirekt die Einführung von Mindestlöhnen. Das wäre eine Einmischung in nationales Recht, gegen die vor dem Gerichtshof nicht nur die EU-Kommission, sondern nahezu alle »alten« EU-Mitgliedsländer und der Generaladvokat ausdrücklich plädiert hatten.

Das Gericht hat sich damit eindeutig auf die Seite der Wirtschaft geschlagen: »Das Recht der gewerkschaftlichen Organisationen eines Mitgliedstaats zur Durchführung kollektiver Maßnahmen« sei geeignet gewesen, »für diese Unternehmen die Durchführung von Bauarbeiten im schwedischen Hoheitsgebiet weniger attraktiv zu machen, ja sogar zu erschweren.«

So weitgehende Gewerkschaftsrechte müssten beschränkt werden.

**»Für uns war der Beibehalt** unseres Sozialstaatsmodells ja entscheidend, als wir für einen EU-Beitritt stimmten«, sagt Hans Tilly, Vorsitzender der schwedischen Bauarbeitergewerkschaft.

Er fordert nun ähnlich wie andere GewerkschafterInnen, den Vertrag von Lissabon durch einen Anhang zu ergänzen, in dem ausdrücklich klar gestellt wird, dass jedes Mitgliedsland das ausschließliche Recht hat, über die Ausgestaltung seines Sozialsystems zu bestimmen. **S**

**Das Urteil verwundert nicht nur in seiner Fürsorge für Unternehmen...**

**...Es stellt auch das historisch gewachsene Sozialstaatsmodell infrage.**

## EU-RECHTSPRECHUNG

## Schlimme Urteile

Das »Vaxholm-Urteil« ist kein Ausrutscher des EuGH. In seinem Umfeld haben die europäischen Richter zwei weitere Entscheidungen gefällt. Auch diese unterstreichen, dass sie die Entsenderichtlinie tatsächlich so interpretieren, dass die Freiheit des Marktes mehr gilt als Arbeitnehmerschutzrechte.

**Viking-Urteil:** Die finnische Reederei Viking Line wollte ein Fährschiff unter estnischer Flagge fahren lassen und nur niedrig bezahlte estnische Seeleute anheuern. Die finnischen Seeleutegewerkschaft und die Internationale Transportarbeiter-Föderation riefen zu Streiks auf. Der EuGH erkannte am 11. Dezember 2007 zwar das Streikrecht an, schränkte aber zugleich die Möglichkeiten durch strenge Kriterien für die Rechtmäßigkeit grenzüberschreitender kollektiver Aktionen ein.

**Rüffert-Urteil:** Das Land Niedersachsen wollte bei der Vergabe eines öffentlichen Auftrags Tariflöhne vorschreiben. Das wiesen die EuGH-Richter am 3. April 2008 zurück. Das gehe nur, wenn die Tarife zuvor für allgemeingültig erklärt worden seien. [5]

Infos: [www.einblick.dgb.de/hintergrund/2008/07/rueffert.htm](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2008/07/rueffert.htm)

## STELLUNGNAHME DES EGB

## »Vorwand für Sozialdumping«

»Uns wird also an die Hand gegeben, dass das Streikrecht ein Grundrecht ist, das nicht so grundlegend ist wie die EU-Bestimmungen zur Freizügigkeit. Parallel dazu ist das Streikrecht in einigen Mitgliedstaaten ein vorrangiges Verfassungsrecht und alle Mitgliedstaaten haben die relevanten Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Europarats ratifiziert, in denen die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen und Streik garantiert wird. Die ILO-Konventionen setzen weltweit Maßstäbe, die nun vom EuGH in Frage gestellt werden. Dies ist nicht hinnehmbar. Da Europa von anderen Regionen die Einhaltung dieser Regeln erwartet, kann es kaum selbst gegen diese grundlegenden Vereinbarungen verstoßen. Unsere Grundrechte sind somit in Gefahr und im Allgemeinen auch die Unabhängigkeit der Gewerkschaften.

Die Idee eines sozialen Europa hat einen Rückschlag erlitten. Kurz gesagt, die Tatsache, dass Arbeitgeber die Freizügigkeit als Vorwand für Sozialdumping einsetzen, führt dazu, dass Gewerkschaften ihre Gegenmaßnahmen hierzu letztendlich auch vor Gericht rechtfertigen müssen. Das ist sowohl falsch als auch gefährlich, weil so die Argumentation der Europakritiker bestärkt wird, die schon lange behaupten, dass der gemeinsame Binnenmarkt zwangsläufig die sozialen Standards gefährdet.« [5]

## Auf schmaler Spur

**Bildung soll per Niveau-Ranking europaweit vergleichbar werden. Die könnte damit ganz schnell niveaulos werden, warnt Marco Frank**

**W**enn Auszubildende für ihre Ausbildung ins Ausland gehen, stehen sie zumeist vor einem gewaltigen Problem: Wird sie auch zu Hause anerkannt? Zu unterschiedlich sind die Ausbildungssysteme, zu unübersichtlich die vielen Abschlüsse. Das soll sich nun ändern. Nach den Unis soll in der EU die Berufsausbildung vereinheitlicht werden. EQR und ECVET heißen die Abkürzungen, die das ermöglichen sollen. EQR steht für »Europäischer Qualifikationsrahmen«: Er stellt den Versuch dar, alle Bildungsniveaus innerhalb Europas vergleichbar zu machen.

Vom angelernten Arbeiter über den Gesellen bis zum Doktor an der Uni. Acht Niveaus sollen ausreichen, um das Können Aller einstuft zu können.

European Credit System for Vocational Education and Training (ECVET) heißen die Kreditpunkte, die es für einzelne Ausbildungsleistungen geben soll – vergleichbar mit den Punkten, die es bereits für Vorlesungen und Seminare an den Unis gibt.

Nun hat die EU-Kommission Details vorgelegt. In den mehr als 30.000 europäischen Berufsbildungseinrichtungen soll es für einzelne Teilqualifikationen einheitliche Punkte geben – ein Megavorhaben, das sich die EU da vorgenommen hat.

**27 Länder, acht Niveaus, ein absehbares Chaos.** Denn wenn man allein die Berufsbildung in Deutschland und Frankreich nebeneinanderstellt, kommen einem Zweifel, ob sich die Ausbildungssysteme so leicht übertragen lassen. Die Vorgabe der Politik ist klar: Bis 2010 sollen alle EU-Staaten festlegen, wie ihr System in den europäischen Rahmen eingepasst werden kann. Hinter den Kulissen wird derweil heftig gefeilscht. Jedes Land wird sich dafür einsetzen, dass die eigenen Abschlüsse so hoch wie möglich eingestuft werden.

Doch auch innerhalb der Länder tobt eine Auseinandersetzung. Einer der Streitpunkte in Deutschland: Die FacharbeiterInnen werden wohl nicht einem einheitlichen Niveau zuzuordnen sein. Während eine Friseurin auf Niveau 3 landen könnte, könnte

eine Bankkauffrau Niveau 4 oder 5 bekommen – bei gleicher Ausbildungsdauer.

Denn das ist der Paradigmenwechsel beim EQR: Es geht nicht darum, Ausbildungszeiten aufzurechnen, sondern tatsächlich erlernte Kompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten zu erfassen, sprich: wieviel jemand kann.

Für Unmut sorgen auch die ECVET-Kreditpunkte, die es für kleine Ausbildungshäppchen geben soll, so genannte Module. »Kategorien, die aus der Perspektive der deutschen Berufsbildung problematisch sind«, heißt es in der Expertise »Berufsbildungsperspektiven 2008« des wissenschaftlichen Beraterkreises von ver.di und

IG Metall. Denn mit der Bewertung von kleineren Lerneinheiten drohe »die Erosion ganzheitlicher Berufsbildungsgänge«. Soll heißen: das Ende der rund

340 Ausbildungsberufe, auf die man in Deutschland so stolz ist. Das neue Punktemodell entspricht eher dem englischen Vorbild, wo bereits für das Erlernen einfachster Tätigkeiten Zertifikate vergeben werden.

Doch auch mit den Unis gibt es Ärger. Denn das deutsche Handwerk findet, dass der Meister mindestens dem Bachelor-Abschluss an Unis gleichzusetzen ist. Die Hochschulen finden: Die obersten drei Niveaus sollten für Doktor, Master und Bachelor reserviert sein – erst darunter können sich dann die NichtakademikerInnen tummeln.

**In allen EU-Ländern** streiten sich die Interessengruppen über die Einstufung ihrer Ausbildungen. Was ist wieviel wert? Wer kann was? Wer steht über wem? Dabei besteht die Gefahr, dass es in erster Linie darum geht, Abschlüsse anzurechnen und einzuordnen – und weniger darum, Kompetenzniveaus zu beschreiben. Die hochwertige duale Ausbildung in Deutschland kann jedoch durchaus mit einem entsprechenden Bachelor-Abschluss in einem europäischen Nachbarland gleichgesetzt werden.

Deshalb: Es darf nicht dazu kommen, dass schmalspurige Bildungsnormen durch die Hintertür eingeführt werden. Vielmehr muss es darum gehen, auf der Grundlage breiter Qualifikationen Transparenz und Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erwirken. [5]

Marco Frank ist politischer Referent der DGB-Jugend, Schwerpunkt Ausbildung.

# Kampf um Mitbestimmung

**ArbeitnehmerInnen brauchen europäische Vertretungsstrukturen. Bislang haben Europäische Betriebsräte jedoch zu wenig Rechte.**

Von **Beate Willms**

**B**ei der Europäisierung und Internationalisierung haben die Unternehmen einen deutlichen Vorsprung. Jede große Gesellschaft ist heutzutage global aufgestellt, die Strategie für die verschiedenen europäischen Länder wird nicht mehr jeweils vor Ort sondern in der Europa-Zentrale entwickelt.

Standortverlagerungen nach betriebswirtschaftlichem Gutdünken sind gang und gäbe, schließlich locken in dem einen Land mehr Subventionen, in dem anderen vielleicht billigere Arbeitskräfte, im dritten der bessere Marktzugang, im vierten die besser qualifizierten Beschäftigten, im fünften die kostengünstigste Infrastruktur – und so weiter.

Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen können dabei nicht mit- und oft genug auch nicht wirklich dagegen halten. Wie jüngst bei der Verlagerung der Nokia-Handy-Fertigung von Bochum und des Fleischmann-Modellbahnbaus von Franken nach Rumänien oder von Betrieben der Siemens-Tochter Osram von Oberbayern nach Italien.

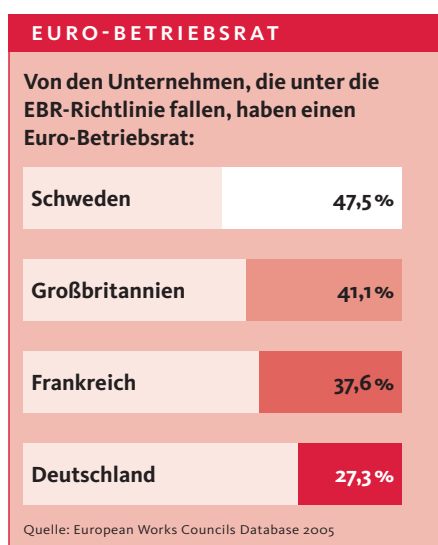
**Die EU versteht sich zwar** als großer gemeinsamer Binnenmarkt, im Sozial-, Arbeits- und Mitbestimmungsrecht hat sie bislang aber kaum hilfreiche Richtlinien erlassen. So gibt es seit 1994 mit der Richtlinie zu Eurobetriebsräten (EBR) die Möglichkeit, grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretungen einzurichten. Allerdings schreibt diese Richtlinie aufgrund der historisch bedingten Unterschiede der Arbeitnehmervertretungen in den EU-Ländern nur Minimalanforderungen vor, die in Anhörungs- und Informationspflichten, nicht jedoch unbedingt in Mitbestimmungsrechten bestehen. Letztere – sowie auch schon die Ausgestaltung der ersteren – sind Verhandlungssache.

Auch eine erste Bilanz zur Akzeptanz fällt gemischt aus. Bislang gibt es in den rund 2.300 EBR-fähigen Unternehmen erst rund 830 EBR – die allerdings wegen der Größe der Unternehmen immerhin zwei Drittel der betroffenen Beschäftigten abdecken.

Zwar werden die meisten EBR in

Deutschland gegründet, das liegt aber vor allem daran, dass die meisten EBR-fähigen Unternehmen hier ihre Zentrale haben. Vergleicht man die Zahl der tatsächlichen Gründungen mit den möglichen, schneidet Deutschland sogar schlechter ab als Großbritannien, Frankreich, Schweden und die Niederlande.

**Wie gut die EBR-Richtlinie** die realen Anforderungen widerspiegelt, sollte die EU-Kommission bereits 2004 überprüfen. Bislang ist das Verfahren allerdings noch nicht



sehr weit gediehen. Zuletzt hat die Kommission im Oktober 2007 erklärt, sie wolle noch 2008 einen Vorschlag zur Revision vorlegen.

Diese Verzögerung habe mit den Grundeinstellungen der wesentlichen Akteure zu tun, erklärt der stellvertretende Vorsitzende des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB, Reiner Hoffmann. Nicht nur der Arbeitgeberverband BusinessEurope habe massive Vorbehalte gegen eine Revision der Richtlinie, die womöglich die Rechte der Beschäftigten stärken könnte: »Auch in der EU-Kommission gibt es momentan einen Widerstand dagegen, arbeits- und sozialgesetzgeberische Initiativen zu entwickeln.«

Und nicht zuletzt ist aus den Mitgliedstaaten kein Drängeln zu erwarten – im Gegenteil, gibt es doch Länder wie etwa Großbritannien, die sogar gewillt wären, eine Minderheitsblockade zu organisieren. Immerhin drängt das EU-Parlament auf eine Revision.

**Die Vorstellungen des EGB**, wie die EBR-Richtlinie überarbeitet werden müsste, lie-

gen jedenfalls auf dem Tisch. Hoffmann: »Unsere Forderungen fangen bei der Einrichtung des EBR an. Die Verhandlungsdauer von drei Jahren ist zu lang und kann von den Unternehmen missbraucht werden – etwa indem sie die Unternehmensstrukturen durch Auf- und Verkäufe völlig verändern.« Sechs bis zwölf Monate müssten »völlig reichen«.

Und: »Der Schwellenwert ist nicht mehr zeitgemäß. Seit der EU-Erweiterung gibt es viel mehr Unternehmen mit weniger als 1.000 Beschäftigten, die grenzübergreifend arbeiten. Deren MitarbeiterInnen darf man das Recht auf Konsultation und Information nicht verwehren.«

Außerdem will der EGB präzise definiert haben, was unter Informations- und Konsultationspflichten zu verstehen ist – hier könne sich die Kommission an den Vorgaben orientieren, die für eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) gelten.

Auch die Sitzungshäufigkeit und die Arbeitsbedingungen müssten optimiert werden, meint Hoffmann. Schließlich sollten Probleme mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen der Arbeitnehmervertretung gelöst und Interessenkonflikte aufgedeckt werden. Hoffmann: »Zwei Sitzungen im Jahr müssen mindestens sein.« Daneben gehören auch bessere Qualifikationsmöglichkeiten zum Forderungskatalog.

**Eine Gesellschaftsform** wird von der EBR-Richtlinie gar nicht erfasst: Die SE gibt es erst seit Ende 2004. Hier wurden die Mitbestimmungsrechte in einer zusätzlichen Richtlinie geregelt. Diese sieht vor, dass das Management und ein Besonderes Verhandlungsgremium der ArbeitnehmerInnen, das sich proportional aus den Beschäftigten aller beteiligten Länder zusammensetzt, zunächst frei verhandeln.

Kommt es zu keiner Vereinbarung, greifen so genannte Auffangregeln. Diese sehen vor, dass ein SE-Betriebsrat eingerichtet wird, der mit transnationalen Unterrichts- und Anhörungsrechten ausgestattet ist. Daneben gehört aber auch die Unternehmensmitbestimmung zu den zu verhandelnden Bereichen. Eine der ersten SE war der deutsche Allianz-Konzern.

Bei der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung ist man der Meinung, dass »die SE gerade für die Mitbestimmung interessante Perspektiven« bietet – vor allem, weil sie zu Internationalisierung der Arbeitnehmerbanken im Aufsichtsrat beiträgt. [S](#)

Infos: [www.etuc.org/r/57](http://www.etuc.org/r/57), [www.euro-betriebsrat.de](http://www.euro-betriebsrat.de)

# Internationale der Räte

Bei der Allianz verstehen sich Betriebs- und Aufsichtsräte aus 24 Ländern besser, seit der Versicherungskonzern eine Europäische Aktiengesellschaft ist. Von **Hermannus Pfeiffer**

**G**oeff Hayward wirkt glücklich. Er ist der erste britische Gewerkschafter, der im Aufsichtsrat eines »deutschen« Unternehmens sitzt, der Allianz. Möglich wurde dieser Glücksfall durch eine Änderung der Rechtslage: Seine alte Aktiengesellschaft nach deutschem Recht konnte der Versicherungsgigant 2006 abschütteln und sich in eine »Europäische Aktiengesellschaft« (SE) umwandeln. Entgegen aller Befürchtungen hat sich die für Allianz-Beschäftigte in 24 Ländern als große Chance erwiesen.

»Durch die europäische Brille betrachtet«, sagt Norbert Kluge vom europäischen Gewerkschaftsinstitut ETUI-REHS in Brüssel, »bringt die SE mehr Mitbestimmung nach Europa«.

Auch ver.di-Sekretär Jörg Reinbrecht sieht neue Qualitäten mit neuen Chancen. Reinbrecht berät den multikulturellen SE-Betriebsrat des Allianz-Konzerns im Auftrag des internationalen Gewerkschaftsdachverbandes UNI. Beide Experten widersprechen damit der etwa von der »Financial Times« verbreiteten Meinung, dass der Einfluss der ArbeitnehmervertreterInnen in einer SE automatisch geschwächt werde.

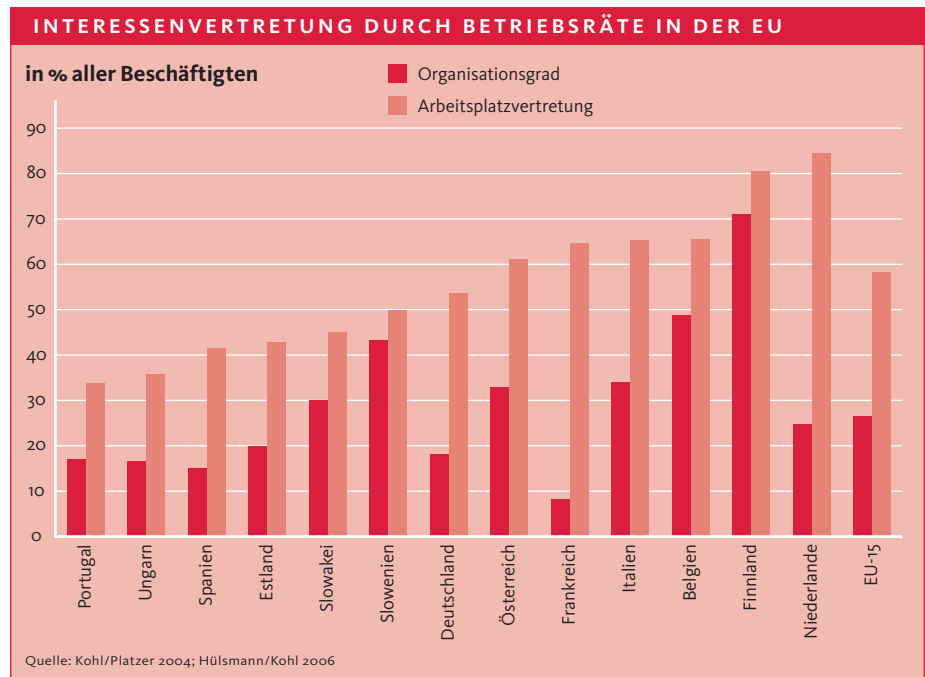
So hatten bislang alle Arbeitnehmer-Räte aus Deutschland gestammt – dort arbeitet aber lediglich eine Hälfte der weltweit bei der Allianz Angestellten. Im SE-Aufsichtsrat kommen sie nun aus drei europäischen Ländern und repräsentieren etwa 75 Prozent der Beschäftigten.

**Der SE-Aufsichtsrat** operiert daher weitaus internationaler als sein Vorgängergremium in der Allianz AG. »Davon werden wir auf lange Sicht profitieren«, sagt der britische Betriebsrat und Neu-Aufsichtsrat Hayward.

Allianz-Boss Michael Diekmann nutzte allerdings die SE-Gründung dazu, den Aufsichtsrat auf zwölf Köpfe zu verkleinern. Aber es gilt weiterhin die deutsche paritätische Mitbestimmung.

Traditionell internationaler besetzt als die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat sind viele Betriebsräte schon seit den neunziger

**Ländertreffen in Paris, London oder Warschau muss nun die Firma finanzieren. SE-Betriebsratsmitglieder dürfen jeden Betrieb besuchen.**



Jahren. Klassische Eurobetriebsräte gibt es unter anderem bei Airbus, Opel oder der Deutschen Bank. Sie vertreten die Lohnabhängigen jedoch nahezu machtlos, stehen ihnen doch durch eine liberale EU-Richtlinie aus dem Jahre 1994 nur vage Info-Rechte zu.

Ein Jahrzehnt später hat die SE-Richtlinie der EU-Kommission eine transparente und allein schon deshalb bessere Arbeitsgrundlage geschaffen. Klar ist nun, worüber die Bosse in den Konzernzentralen ihre Beschäftigten an der Basis unterrichten müssen und zu welchen Themen

der SE-Betriebsrat vom Chef angehört werden muss. Ländertreffen in Paris, London oder Warschau muss nun die Firma finanzieren, SE-Betriebsratsmitglieder dürfen jeden Betrieb besuchen. Und wo es keine nationale Interessenvertretung gibt, können sich Beschäftigte direkt an ihren SE-Betriebsrat wenden. Erfolgversprechende Ansatzpunkte, die dem Eurobetriebsrat fehlen. Für Professor Berndt Keller von der Uni Konstanz sind dies »klare Verbesserungen«.

Entsprechend fordern Gewerkschaften eine Übernahme der SE-Rechte für alle normalen Eurobetriebsräte. Die EU-Kommission soll noch 2008 einen Richtlinienvorschlag für die länderübergreifenden Nicht-SE-Konzerne unterbreiten.

**In keinem Fall** kriegen SE-Betriebsräte und Aufsichtsräte vom Kapital etwas geschenkt.

Lohnabhängige und ihre Gewerkschaften müssen in jedem Einzelfall die konkreten Rechte und Pflichten mit dem Vorstand aushandeln und notfalls erkämpfen. Scheitern die Verhandlungen, greifen nur die minimalen Mindeststandards der EU-Richtlinie 2001/86/EC, und die sehen weit dürftigere Rechte vor als die deutsche Betriebsverfassung. Fazit von Roland Köstler, Mitbestimmungsexperte der Hans-Böckler-Stiftung: Was die Kollegen aus den rasanten SE-Möglichkeiten tatsächlich herausholen, »ist eine Frage der Verhandlungen«.

Mittlerweile trifft sich der neue 37-köpfige SE-Betriebsrat der Allianz zwei Mal im Jahr und damit doppelt so häufig wie zuvor der alte Eurobetriebsrat. »Für uns«, sagt Hayward, »ist das ein großer Schritt.«

## ALLIANZ

### Der Pionier

Am 13. Oktober 2006 wurde in München die Allianz SE registriert, der erste große Konzern mit Sitz in Deutschland, der sich in eine Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea, SE) umgewandelt hat. Mittlerweile gibt es rund 150 SE in Europa, die meisten davon in Deutschland – und ohne Beschäftigte. Neben solchen unbekanntem Vorrats-SE gibt es drei Dutzend »echte« Unternehmen mit ArbeitnehmerInnen und Vereinbarungen zur Mitbestimmung, darunter BASF und Porsche.

Tipps und Infos im Internet: [www.worker-participation.eu](http://www.worker-participation.eu), [www.seeurope-network.org](http://www.seeurope-network.org)

# Raus aus den Büros!

Wo die üblichen Mittel versagen, bieten sich Campaigning und Organising an. Zum Beispiel bei transnationalen Unternehmen. Von **Beate Willms**

**E**s ist meist einer der ersten Sätze von Christy Hoffmann: »Ihr glaubt gar nicht, wie viel Spaß die gewerkschaftliche Arbeit machen kann.«

Doch, man tut es. Oft sofort, weil sie selbst so begeistert ist. Spätestens aber nachdem sie als Repräsentantin der US-Dienstleistungsgewerkschaft SEIU in Europa eine Stunde lang darüber geredet hat, was Campaigning und Organising ist – und wie diese Ansätze die Arbeitsweise der Gewerkschaften verändern können.

Denn das sähe dann so aus: Sich konkrete Firmen oder Branchen vornehmen, ausprobieren, wie man am besten an die Beschäftigten rankommt, sie aufsuchen, mit ihnen gemeinsam Konflikte identifizieren, die Schwächen des Gegners herausfinden, die öffentliche Meinung gewinnen, alle verfügbaren Kräfte mobilisieren. Kurz: Raus aus den Büros, ran an die Menschen. Natürlich ist das aufwändig, natürlich erfordert das Ressourcen und Ideen. Und natürlich macht das eine Menge Spaß – zumal wenn es Erfolg verspricht.

**Und das tut es.** Das zeigen nicht nur die Erfahrungen in den USA, sondern längst auch in Europa. In London hat die Transportarbeiter- und Dienstleistungsgewerkschaft T&G vor zwei Jahren eine Kampagne im Reinigungsgewerbe durchgeführt, Tarifverträge für 20.000 Beschäftigte durchgesetzt und 2.000 neue Mitglieder gewonnen. Ähnliches versucht der Gewerkschaftsverband FNV Bondgenoten in den Niederlanden. In Deutschland hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in einem Pilotprojekt in Hamburg Beschäftigte im Wach- und Sicherheitsgewerbe offensiv organisiert und einen anständigen Mitgliederzuwachs verzeichnet.

»Es sind immer wieder ähnliche Branchen, die sich für Organising oder andere Kampagnen anbieten«, heißt es bei UNI, dem internationalen Verband der Dienstleistungsgewerkschaften. Branchen, in denen es viele prekär Beschäftigte gibt, viele MigrantInnen, Branchen, in denen die Arbeitskräfte oft isoliert und zu ungewöhnlichen Zeiten malochen, in denen es keine klassischen Werke gibt, wo sich die Be-



Aktionserfahren: SEIU-AktivistInnen beim Busfahrerstreik (Kansas City, April 2006) Foto: Ed Zurga/AP

schäftigten austauschen und organisieren könnten. Entsprechend schwer sind diese für das normale Serviceangebot der Gewerkschaften zu erreichen.

Ganz besonders gut eignen sich die Konzepte aber auch, wenn es gilt, in europaweit aufgestellte oder gar transnationale Unternehmen hineinzukommen, in denen die Entscheidungen sonst wo getroffen werden – nur nicht dort, wo beispielsweise Betriebsräte Mitbestimmungsrechte haben – sofern es so etwas wie eine betriebliche Interessenvertretung überhaupt gibt. Ebenso, um hier Druck zu entfalten, der mit den üblichen Mitteln nicht zu erreichen ist.

**Eines der ersten großen** Kampagnen-Projekte war das gegen den US-Kataloghändler Brylance, der zum französischen Multi-Konzern Pinault-Printemps-Redoute (PPR) gehört. Hier wollten die Beschäftigten in den Logistikzentren im US-Bundesstaat Indiana eine Betriebsgewerkschaft gründen, wurden aber von der Firmenleitung daran gehindert. In Absprache mit der kampagnen-gestützten Textilarbeitergewerkschaft Unite here begannen sie, nach Schwachstellen im Konzern zu suchen.

Recherchen ergaben dann, dass das Einfallstor bei einer ganz anderen PPR-Tochterfirma zu finden war – dem Modelabel Gucci. Gemeinsam mit Unite, europäischen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen entwickelten die Brylance-Beschäftigten ein komplettes Programm von Demos in Berlin, Düsseldorf und Hamburg sowie satirischen Modenschauen vor Gucci in Stockholm, Wien und Amsterdam. Hinzu kam ein gefaketer Brylance-Katalog mit dem Titel »Holiday Sweatshop«, der die Arbeitsbedingungen in Indiana darstellte. Das war Brylance/PPR zu viel. Die Betriebsgewerkschaft konnte gegründet werden.

**Ähnliche Kampagnen** mit einem größeren Schwerpunkt auf Mitgliedergewinnung schiebt die UNI derzeit mit den nationalen Gewerkschaften gegen den Sicherheitskonzern G4S an, der auf allen Kontinenten vertreten ist. In Warschau beispielsweise verzeichnete Solidarnosc nach einer entsprechenden Organising-Kampagne 1.000 neue Mitglieder – in der polnischen Hauptstadt gibt es rund 10.000 Wachleute.

Einen speziellen Weg gehen die deutsche Gewerkschaft IG BAU und die polnische Landarbeitergewerkschaft ZZPR. Sie gründeten den europäischen Verband der Wanderarbeiter, der die herumziehenden BauarbeiterInnen auf den Baustellen aufsucht, organisiert und vertritt. Inzwischen wird er von vielen Bauunternehmen als Verhandlungspartner anerkannt. [5](#)

**Europäischer Wanderarbeiterverband:** [www.emwu.org](http://www.emwu.org)  
**Internationaler Dienstleistungsgewerkschaft:** [www.union-network.org](http://www.union-network.org)

**Zum Weiterlesen:** Bremme, Peter u.a. (Hg.): *Never work alone*, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 276 S., 19,80 Euro

**Zum Mitmachen:** Das DGB-Jugendbildungswerk Hattin-gen bietet verschiedene Seminare zum Thema Organising an. [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

**In London wurde vor zwei Jahren eine Kampagne im Reinigungsgewerbe durchgeführt...**

**...Tarifverträge für 20.000 Beschäftigte durchgesetzt und 2.000 neue Mitglieder gewonnen.**

# Jugend muss Politik sein

**Das ESF als gemeinsames Projekt der europäischen Gewerkschaftsjugend.**

Von **Jessica Heyser**

**D**as Thema Europa erscheint erst einmal abstrakt, wenig attraktiv für junge Aktive, genauso wie die EU »weit weg in Brüssel und Straßburg ist«.

Und so bewegt sich auch die Arbeit der deutschen Gewerkschaftsjugend häufig nur im nationalen Rahmen, das fängt schon bei der Gremienarbeit an: Internationale oder europäische Themen erscheinen auf der Tagesordnung häufig erst unter »Sonstiges«.

Doch liegt das mangelnde Interesse vielleicht auch daran, dass so etwas wie eine europäische oder internationale Gewerkschaftsjugend bisher kaum eine Rolle gespielt hat? Zwar sind viele erfolgreiche Einzelprojekte, die bi- oder multilateral organisiert werden, zu nennen, aber eine europäische Gewerkschaftsjugend, die auch als solche erlebbar ist, ist bisher Zukunftsmusik.

Und dabei ähneln sich die Probleme junger Beschäftigter in Europa. Gemeinsam mit den Anforderungen, die an junge Menschen gestellt werden, wachsen die Probleme: Prekäre Beschäftigung, Jugendarbeitslosigkeit, Diskriminierung von jüngeren ArbeitnehmerInnen über schlechtere Bezahlung, schlechtere soziale Absicherung und höhere Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz.

**Politik und Wirtschaft** sind schon seit langem europäisch, wenn nicht global organisiert. Die Beschlüsse, die in Brüssel oder in den Konzernnetagen getroffen werden, haben unmittelbare Auswirkungen auf die persönliche (Arbeits-)Situation – ob in Bratislava, Marseille oder in Dresden.

Die EU probiert gerade den Kompetenzbereich in Sachen Jugendpolitik auszubauen. »Jugend« ist zum Beispiel expliziter Bestandteil der europäischen Beschäftigungsstrategie. Und es ist ja auch erst einmal nichts dagegen zu sagen, wenn sich die EU für bessere Bildungsstandards, für eine höhere Mobilität, für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die Gesundheitsförderung stark macht.

Die Fragen sind dabei allerdings: Was sind die Motive dahinter? Und wie soll die konkrete Ausgestaltung aussehen? Hier brauchen wir Gegenentwürfe und Visionen einer europäischen Jugend und auch einer europäischen Gewerkschaftsjugend, die deutlich macht: Mobilität – ja, aber nur wenn sie freiwillig ist. Bessere Qualifizierung – ja gerne, aber nur wenn sie nicht der reinen »Kapitalverwertung« dienen soll, sondern auch der Kritikfähigkeit und Demokratisierung. Gesundheit – auch gerne,

schaftsjugend, die ihre eigenen Beschlüsse fassen – und somit sind VertreterInnen dieser Gewerkschaften auch auf europäischer Ebene die Hände gebunden. Frankreich ist da ein Beispiel, junge Menschen organisieren sich dort häufig in den unabhängigen Studierendengewerkschaften oder anderen sozialen Bewegungen wie der »Génération précaire«.

Doch in immer mehr Ländern haben die Gewerkschaften erkannt, dass eigene Jugendstrukturen wichtig sind, um attraktiv für junge Menschen zu sein. Und vielleicht wird sich diese Entwicklung auch in Zukunft positiv auf die politische Arbeit der EGB-Jugend auswirken.

**Um die europäische** und internationale Arbeit zu beleben und sie für junge Aktive attraktiver zu machen, hat die DGB-Jugend im Winter 2007 den Arbeitskreis Internationales gegründet. Mittlerweile sind im Arbeitskreis ca. 30 junge KollegInnen aus nahezu allen Mitgliedsgewerkschaften kontinuierlich dabei, wenn es darum geht, sich über die internationale Jugendarbeit der Gewerkschaften auszutauschen – aber auch, um gemeinsam Aktionen und Projekte auf internationaler Ebene zu organisieren.

In diesem Jahr ist der große Schwerpunkt die Organisation des Europäischen Sozialforums. Zu den Vorbereitungstreffen hat der Arbeitskreis Internationales bewusst europäisch eingeladen, um gemeinsam mit den KollegInnen

aus dem Ausland die Inhalte und Veranstaltungen zu planen.

Mit den gemeinsam organisierten Veranstaltungen wollen wir auch ein Zeichen setzen: Ja, es gibt eine europäische Gewerkschaftsjugend und sie ist aktiv, kritisch und setzt sich für ihre Positionen ein.

Die andere positive Seite dieses gemeinsamen Vorbereitungsprozesses ist mindestens genauso wichtig: Jeder Kontakt, der hier geknüpft wird, oder auch das Wissen, das über die Gewerkschaftsarbeit in anderen Ländern hier gewonnen wird, kann für die zukünftige Arbeit genutzt werden. **S**

*Jessica Heyser ist politische Referentin bei der DGB-Jugend, Schwerpunkt Internationales.*

*Europa-Dossier der DGB-Jugend im Internet: [www.dgb-jugend.de/themen/europa](http://www.dgb-jugend.de/themen/europa)*



*Internationale Gewerkschaftsjugend – freiwillig mobil: G8-Protteste in Heiligendamm 2007*

aber nicht bloß, wenn es darum geht, uns zu noch tatkräftigeren »Arbeitstierchen« zu machen.

**Doch natürlich** gibt es bereits gewerkschaftliche Jugend-Gremien und Entscheidungsstrukturen auf europäischer Ebene. Das wichtigste Gremium ist das Jugendkomitee des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB. Hier sind die Dachverbände der Gewerkschaften innerhalb der EU vertreten.

Was das EGB-Jugendkomitee allerdings nicht ist: ein politisches Gremium. Politische Positionen und Beschlüsse werden in diesem Gremium nicht erarbeitet oder gefällt – denn in vielen Ländern der EU gibt es keine politisch selbstständigen Gewerk-

# Unsere Chance: Workers unite!

*In der EU besinnen sich die Gewerkschaften auf eine alte Tugend: die internationale Zusammenarbeit. Ein Platz dafür ist der EGB, meint **Andreas Köppe**.*

*In der EU läuft derzeit so einiges schief für die Demokratie und vor allem die Arbeitnehmer. Es wäre naheliegend, zum radikalen Widerstand aufzurufen. Du machst das nicht, sondern arbeitest in europäischen Strukturen. Warum?*

Es ist richtig: Das Projekt EU ist in erster Linie ein wirtschaftliches. Es geht darum, Europa fit zu machen für den globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf. Und dabei werden immer mehr Staaten und immer mehr Menschen integriert. Zugleich leidet die soziale Komponente – vor allem, weil sich die Gewerkschaften und auch die sozialen Bewegungen viel zu lange auf ihr nationales Territorium beschränkt haben. Dieses brutale wirtschaftliche Projekt EU zwingt uns jetzt aber geradezu, uns auf internationale Arbeit zu konzentrieren. Dadurch haben aber auch alle progressiven Kräfte die Chance, sich wieder auf eine der Urforderungen der Arbeiterbewegung zu besinnen: Workers unite!

**Es gibt also noch eine Chance für Europa?**

Die Gewerkschaften stehen noch am Anfang, aber der Weg ist der richtige. Wichtig ist nur, dass es kein Projekt von oben sein kann, es muss ein Projekt von unten – von der Basis – werden.

**Sieht die Arbeit im Jugendkomitee des EGB auch so kämpferisch aus?**

Im Prinzip ja. Unsere wichtigsten Forderungen



Ab in die Gewerkschaft: internationale Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes

gen sind: Sich stark zu machen gegen Arbeitslosigkeit, Prekarität, sozialen Ausschluss junger Menschen und für Frieden, Solidarität, Gleichheit und Demokratie. Das machen wir mit Kampagnen und Lobbyarbeit.

**Und wie funktioniert die europäische Zusammenarbeit bei den ganz konkreten Themen wie der beruflichen Bildung?**

Das ist schwieriger, aber auch sehr spannend. Denn dabei geht es auch um die Zukunft des dualen Systems, mit dem wir in Deutschland und Österreich – die ich ja ver-

treten habe – sehr gute Erfahrungen gemacht. Es ermöglicht einen hochqualifizierten Beruf und größere Wahlfreiheit auf dem

Arbeitsmarkt. Andere EU-Länder haben dieses System jedoch nicht, manche haben gar keine Berufsausbildung

**»Die EU muss ein Projekt von unten – von der Basis – werden. Wir brauchen mehr »europäische Leute« in den Betrieben.« Andreas Köppe**

im engeren Sinn. In den skandinavischen Ländern gibt es »nur« eine staatliche Ausbildung, die aber sehr hochwertig ist. Die Ausgangssituation ist also sehr unterschiedlich. Im Moment sind wir so weit, dass wir Mindestanforderungen stellen, wie eine Ausbildung auszusehen hat, was eine »gute Ausbildung« ist. Wichtig ist, dass wir lautstark mitdiskutieren.

**Was ist nötig, um dabei erfolgreich sein zu können?**

Um für ein solidarisches sozial reguliertes Europa kämpfen zu können, brauchen wir mehr »europäische Leute« in den Betrieben. Leute, die Fremdsprachen können, sich für andere Systeme interessieren, die sich mit Kollegen in anderen Ländern austauschen und mit ihnen Aktionen koordinieren wollen. Mit der Jugendmultiplikatorenreihe »Europa Step by Step« (siehe Seite 19) oder den Jugendbrigaden der IG Metall sind wir auf dem richtigen Weg.

Andreas Köppe war bis vor kurzem Vertreter für den deutschsprachigen Raum im EGB-Jugend-Vorstand. Die Neubesetzung steht noch aus.



## EGB

### Das Jugendkomitee

Das Jugendkomitee ist ein Gremium des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB. Seine Aufgabe ist es, Aktionsprogramme für junge Leute in der Arbeitswelt zu entwickeln, Seminare, Konferenzen und Workshops anzubieten sowie Kampagnen zu Themen wie beruflicher Bildung oder auch Praktika anzuschließen.

Das EGB-Jugendkomitee setzt sich zusammen aus VertreterInnen der einzelnen Gewerkschaftsdachverbände der EU-Länder und der Türkei. Weil jeder Dachverband berechtigt ist, Vertreter zu entsenden, kann es vorkommen, dass Länder mit mehreren Dachverbänden auch mehrere VertreterInnen im Komitee haben. Das Höchstalter ist 35 Jahre.

Alle zwei Jahre wählen die Mitglieder des Komitees einen sechsköpfigen Vorstand, in dem alle Regionen repräsentiert sein sollen.

Die derzeitigen Mitglieder: Präsident ist Robert Hansen aus Norwegen, der den skandinavischen Raum vertritt. Es gibt zwei VizepräsidentInnen: Panikos Argyrides für Zypern, Malta und Griechenland, und Erika Břselová für die osteuropäischen Länder. Panos Bartolome vertritt Italien, Spanien und Portugal, Tanja Matias repräsentiert Luxemburg, Belgien und Frankreich. Für die englischsprachige Region fehlt derzeit ein Vertreter.

In der Regel trifft sich das Jugendkomitee zweimal und der Vorstand viermal jährlich. Arbeitssprache ist Englisch.

<http://youth.etic.org/en>

# Leitaktionen


**Die EU-Kommission hat ihren jährlichen Fahrplan für 2009 veröffentlicht. Der Jugendbereich soll einen Schwerpunkt bilden. Von Jürgen Kiontke**

**D**ie Kommission setzt ihre politischen Ziele für das Jahr 2009 – dem letzten Amtsjahr der derzeitigen Kommission und des aktuellen Europaparlaments – vor allem in fünf Bereichen an: »Wachstum und Beschäftigung«, »Klimawandel und nachhaltige Entwicklung«, »Realisierung der gemeinsamen Einwanderungspolitik«, »Bürgerinnen und Bürger an die erste Stelle rücken« sowie »Europa als Partner in der Welt«.

Ein zusätzlicher Schwerpunkt soll jedoch auf dem Thema Jugend liegen. Die Kommission plant im Rahmen ihrer »Leitaktionen« für 2009 eine Mitteilung zur offenen Methode der Koordinierung im Jugendbereich sowie ein Grünbuch zur grenzüberschreitenden Mobilität von jungen Menschen. Unter die Umsetzung der Lissabon-Strategie wird auch ein Grünbuch zur Erschließung des »Potenzials der Kultur- und Kreativwirtschaft« fallen.

Die Deutsche Agentur für das EU-Programm »Jugend in Aktion« – ein Projekt des Bundesfamilienministeriums – weist in ihrer Auswertung des Fahrplans darauf hin, dass das Thema Bildung, das in den letzten Jahren besonders prominent war,

in der Auflistung der Prioritäten nicht vorkommt.

Kein Wunder, mag mancher sagen. Die Agentur gibt zu bedenken: Es fehle der jugendpolitischen Zusammenarbeit schlicht an einer rechtsverbindlichen Grundlage – es gebe keine vertraglich abgesicherte Zuständigkeit der EU. Außerdem bestehe die Gefahr, dass eine verbindliche Umsetzung jugendpolitischer Forderungen nur als Fußnote, als Anhängsel »harter« Politikbereiche aussichtsreich erscheine, zum Beispiel der durch die Lissabon-Strategie vorangetriebenen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. 

Infos: [www.jugendpolitikeneuropa.de/europazusammen/news-465.html](http://www.jugendpolitikeneuropa.de/europazusammen/news-465.html)

# Europäische Bewunderung

**Europa besteht aus: EuropäerInnen. Aus politisch aktiven. Zwei von ihnen, die zum ESF fahren, erklären in Soli aktuell, was sie an Europa nervt und toll finden.**



**Name:** Eva Westerberg  
**Funktion:** Vorsitzende des Studierendenrates beim Schwedischen Dachverband der Gewerkschaften für AkademikerInnen – Saco

**Fachgebiete:** Bildung und Arbeitsmarkt

**Alter:** 26

**Meine erste EU-Erfahrung:** Die Wahl in Schweden 1994.

**Mein Lieblingsprojekt in Europa:** Wenn wir den European Song Contest beiseite lassen: dass man überall hin reisen kann.

**Was ich an Brüssel nicht verstehe:** Dass die Politiker dort ihren Wählern zu Hause nicht klarmachen, was sie eigentlich tun. Ich glaube aber, nicht sie, sondern die Medien sind daran schuld. Die EU-Normen für Gurken stehen öfters im Mittelpunkt als die wirklich wichtigen Dinge.

**Was Europa am dringendsten braucht:** Mehr Anstrengungen im Bereich Bildung und Forschung.

**Das Land, das mich am meisten überrascht:** Alle Länder Osteuropas – Estland, Ungarn und andere – entwickeln sich unglaublich.

**Hier möchte ich leben:** England oder

Deutschland. Ich bin eine Zeit lang in England zur Schule gegangen, das war super. Und ich hab fünf Jahre Deutsch gelernt: Ich würde gern mal mehr ausprobieren als: »Ich heiße Eva und bin 26 Jahre alt.«

**Das schlimmste Vorurteil über mein Land:** Dass angeblich überall Eisbären herumlaufen. Das stimmt gar nicht.



**Name:** Cornelia Berger

**Funktion:** Referentin der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vda, Österreich  
**Fachgebiet:** Internationale Beziehungen

**Alter:** 28

**Meine erste EU-Erfahrung:** 1995 bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt Österreichs. Die EU-Euphorie war gigantisch – alles Kritische wurde kurzerhand zur Seite geschoben. Wirklich ausgekannt hat sich niemand in Österreich, aber den Menschen wurde das Blaue vom Himmel versprochen: mehr Mitsprache, sichere Arbeitsplätze und eine stärkere Position Österreichs innerhalb der EU. Heute sehen viele vieles kriti-

scher, denn das meiste waren natürlich nur Wahlversprechen.


**Mein Lieblingsprojekt in Europa:** Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften finde ich sehr spannend, sowohl im EGB als auch in den Branchenverbänden. Mit jedem Treffen erweitert sich der Horizont.

**Was ich an Brüssel nicht verstehe:** 2008 werden Resolutionen und Blockaden der EU gegen Kuba neu diskutiert, und ich frage mich: Was geht es die EU-AußenministerInnen an, wie sich Kuba selbst verhält?

**Was Europa am dringendsten braucht:** Starke und kämpferische Gewerkschaften – eine Arbeiterbewegung, die den großen Konzernen die Stirn bietet.

**Das Land, das mich am meisten überrascht:** Rumänien. Der Mindestlohn beträgt ca. 150 Euro, während die Lebensmittelpreise fast so hoch sind wie in Österreich. Ich bewundere die GewerkschafterInnen dort, die tagtäglich für die ArbeiterInnen kämpfen.

**Hier möchte ich leben:** Spanien.

**Das schlimmste Vorurteil über mein Land:** Wenn die Menschen Österreich kennen (und nicht mit Australien verwechseln, was mit Abstand das Schlimmste ist), verbinden sie mein Land mit Mozart, Sissi, Strauß, Walzer und Ski fahren. Es ist oft mühsam zu erklären, dass es bei uns noch etwas anderes gibt. Und – nein: Wir verstecken unsere Familien nicht alle im Keller! 

# Aufklärungsarbeit leisten

**Hat die EU eine geopolitische Strategie? Ja, sie heißt Militarisierung, Überwachung und Abbau von Arbeitnehmerrechten. Hier muss man gegensteuern, sagt Claudia Büchling.**

**Ein Workshop auf dem ESF nimmt das Thema Geopolitische Strategie der EU auf. Welchen Impuls kann die Gewerkschaftsjugend hier Debatte geben?**

Uns geht es in erster Linie darum, junge Menschen darüber zu informieren, welche strategischen Ausrichtungen innerhalb der EU vorhanden sind. Unsere Wahrnehmung ist nicht, dass sich junge Menschen intensiv mit der Politik der EU beschäftigen. Wenn

ne Debatte innerhalb der Gewerkschaftsjugend anzuregen. Parallel entwickelt die IG Metall-Jugend gerade eine Broschüre, die sich mit dem Abbau von Bürgerrechten und der zunehmend Überwachung in Deutschland beschäftigt. Wir glauben, dass es so gelingt, junge Menschen zu sensibilisieren, sich gemeinsam mit uns für den Erhalt unserer Rechte als Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Das haben unsere Eltern in der Vergangenheit getan und jetzt sind wir dran.

**Deutschlands Interessen werden am Hindukusch verteidigt, lautet ein politisches Schlagwort. Wie steht die Gewerkschaftsjugend zu deutschen Militäreinsätzen?**

Die IG Metall-Jugend lehnt Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten, egal welcher Art,

Mittelpunkt stellt. Das kann aber nur gemeinsam gelingen.

**Junge Leute in vielen Staaten Europas sind stark von der Prekarität ihrer Lebenswelt geprägt. Welche Folgen hat die Lebensunsicherheit für die Politik?**

Problematisch ist vor allem, dass Menschen, die in unsicheren Lebensverhältnissen leben müssen, weniger Zeit und Interesse haben, sich aktiv in politische Prozesse einzubringen. Wer dauernd Angst haben muss, nicht genügend Geld zum Leben zu haben, der kümmert sich natürlich erst mal um Arbeit. Das bedroht unsere Demokratie, denn die kann nur funktionieren, wenn sich auch alle beteiligen.

**Spielt auch der Jugendstrafvollzug in Europa in euren Überlegungen eine Rolle?**

Nein, bisher nicht. Aber auch hier finden wir das gleiche Muster: Jugendliche haben kaum eine Aussicht auf eine berufliche Perspektive und entsprechend auf eine nur annähernd abgesicherte Zukunft. Wenn sie dann straffällig werden, gibt es keine Konzepte, an die Ursachen zu gehen. Die Jugendlichen werden zum Problem gemacht.

**Wie groß ist das Interesse in den Gewerkschaften an den Themen Datensicherheit, Überwachung und Militarisierung?**

Unsere Aufgabe ist es, das Interesse zu wecken und deutlich zu machen, dass wir nur durch gemeinsame Aktivitäten an der Situation etwas ändern können. Meine Wahrnehmung ist, dass diese Themen zunehmend an Aufmerksamkeit gewinnen. Wir sollten daher eine Strategie zur Gegenwehr entwickeln. Wo Bürgerrechte abgebaut werden, dauert es auch nicht lange, bis die Rechte von Gewerkschaften eingeschränkt werden. Gegensteuern muss man auch durch europäische und internationale Zusammenarbeit. Nur wenn wir uns als abhängig Beschäftigte mit unseren Gewerkschaften zusammenschließen und dauerhaft über Ländergrenzen hinweg miteinander arbeiten, haben wir überhaupt eine Chance. Standortlogik darf nicht im Vordergrund stehen.

**Sollte man mit möglichst vielen Bündnispartnern arbeiten?**

Natürlich. Gewerkschaften sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft, aber nur zusammen mit anderen sozialen Bewegungen können wir auf Dauer eine Gegenmacht entwickeln.

*Claudia Büchling ist bei der IG Metall-Jugend für den Bereich Internationales zuständig.*



»Dynamischer Wirtschaftsraum«: Proteste der IG Metall-Jugend gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters, Berlin 2007

es uns gelingt, dieses Interesse zu wecken, können wir uns künftig sicher auch hier einmischen und unsere Positionen vertreten.

**Auf dem Gipfel in Lissabon im Jahr 2000 setzten sich die europäischen Regierungschefs das Ziel, die EU bis zum Jahr 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen. Als neue Konkurrenten gelten die USA, China und Indien. Womit werden wir in den nächsten Jahren zu rechnen haben?**

Mit zunehmendem Abbau von staatlichen Leistungen und sicher auch mit einer weiteren Verschärfung der prekären Arbeitssituation. Das wird Auswirkungen auf die Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften haben.

**Inwiefern betreffen Themen wie Datenspeicherung und Einschränkung der Bürgerrechte junge Leute?**

Auch hier hoffen wir, über die Aufklärung ei-

ab! Somit sind wir auch gegen deutsche Militäreinsätze.

**Wie lässt sich der Zusammenhang von Sozialabbau und Militarisierung interpretieren?**

Wo man Menschen zwingt, ein Leben in ständiger Angst vor dem sozialen Abstieg zu führen, muss man sicher langfristig auch mit radikalisierten Ausbrüchen rechnen. Ich denke, vor diesem Hintergrund kann man die zunehmende Militarisierung einordnen. Wo von Seiten des Staates Absicherungen abgebaut werden, setzt man vorbeugend auf zunehmend mehr Repressionsmöglichkeiten. So will man aufkommende Gegenwehr im Keim ersticken.

**Müsste man die Autonomie der einzelnen EU-Staaten mehr betonen?**

Und dann sind alle Probleme gelöst? Ich denke wir müssen als Gewerkschaften und soziale Bewegungen in Europa dafür kämpfen, dass die Politik die Menschen in den

# Europa schrittweise erobern

**Best Practice: Gewerkschafts-Englisch pauken, Brüssel erkunden – die DGB-Jugend-Seminarreihe »Step by Step«.**

Von **Jürgen Kiontke**

Gurken sind grün und haben einen Neigungswinkel von maximal 17 Grad – zumindest in unserer kapitalorientierten Europäischen Union. Haben die PolitikerInnen in Brüssel nichts Besseres zu tun, als Richtlinien zu verabschieden, in denen der maximale Neigungswinkel von Gemüse festgelegt wird? Oder steckt dahinter vielleicht doch mehr, als man auf den ersten Blick erkennen kann?

Im Rahmen der Europäisierung und Globalisierung machen viele Probleme, die die Gewerkschaften vor Ort in den Betrieben und in der Gesellschaft beschäftigen, schon lange nicht mehr an Ländergrenzen halt: Mit Standortverlagerungen, Arbeitszeitverlängerungen und Stellenabbau werden ArbeitnehmerInnen zueinander in Konkurrenz gesetzt. Junge Leute müssen deshalb befähigt werden, ihr Lebens- und Arbeitsumfeld im Betrieb und der Gesellschaft aktiv zu gestalten.

»Nur was wir kennen, können wir verändern«: Aus diesem Gedanken ist die Qualifizierungsreihe »Europa Step by Step« ent-

standen, die die DGB-Jugend in Kooperation mit IG Metall-, GdP-, IG BAU- und ver.di Jugend im Jahr 2007 in Kooperation mit dem DGB erstmalig durchführte.

»Wir geben jungen Menschen die Chance, sich schrittweise, über einen Zeitraum von einem Jahr, Wissen anzueignen, das sie bei ihrer Arbeit vor Ort und damit im Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa, unterstützt«, sagt Susanne Kim, die beim DGB-Bildungswerk für die Jugendbildung zuständig ist.

Die Qualifizierungsreihe umfasst zunächst einmal die sprachliche Qualifizierung – in Englisch. Der Sprachkurs ist in alle fünf Seminareinheiten integriert und hilft, Sprachbarrieren im Austausch mit Jugendlichen aus anderen europäischen Ländern zu überwinden.

Inhaltlich geht es um die europäische Verfassung, die Lissabon-Strategie und die Dienstleistungsrichtlinie. Dann wird vor Ort in Brüssel recherchiert. »Während dieser Woche treffen wir uns mit Europaabgeordneten, betrachten das Gefüge der EU vor Ort und versuchen den Dschungel der EU-Institutionen zu lichten«, sagt Kim. »Wir

wollen das EU-Parlament von innen kennenlernen und mit EU-Abgeordneten über Jugendthemen diskutieren.«

In Gesprächen mit VertreterInnen europäischer Gewerkschaftsorganisationen soll geklärt werden, welche Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten Gewerkschaften auf

europäischer Ebene bereits haben, welche noch entwickelt werden müssen und wo es Ansatzpunkte für eine

konstruktive Gewerkschafts- und Sozialpolitik gibt.

»Man kann feststellen, dass sich der Blick dieser jungen Interessenvertreterinnen und -vertreter enorm erweitert hat und sie mittlerweile fähig sind, Probleme, die ihnen in der betrieblichen Praxis begegnen, in einen globalen Kontext zu setzen«, sagt Kim mit Blick auf die laufenden Seminare.

Dieses Jahr gibt es im Lehrplan allerdings eine äußerst wichtige Abweichung: Denn ein »Seminar teil« ist das Europäische Sozialforum in Malmö. Kim: »Wir sehen dies als Chance, über die regulären Inhalte hinaus mit Gewerkschaftern aus anderen europäischen Ländern in Kontakt zu treten und uns auszutauschen.« [5]

[www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

## Standortverlagerung und Stellenabbau: Junge Leute müssen ihr Lebens- und Arbeitsumfeld in Betrieb und Gesellschaft aktiv gestalten können.

### ACHTUNG, VERWANDTSCHAFT: ORGANISATIONEN UND JUGENDVERBÄNDE

#### Youth Mainstreaming

##### Ecosy

Ecosy ist der Zusammenschluss der sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen in der EU – und daneben auch die Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Sie gehört der Sozialistischen Jugend-Internationalen IUSY an. Hauptziel: »To defend the interests of the youth in the EU!«

[www.ecosy.org](http://www.ecosy.org)

##### Europäisches Jugendforum

Das Europäische Jugendforum hat die anstehende Erweiterung der EU durch die Einbeziehung der Beitrittsländer vorweggenommen. Wurden seit der Gründung des »Jugendforums der Europäischen Union« im Jahr 1978 ausschließlich die nationalen Jugendringe der zwölf EU-Länder vertreten, umfasst das neue Forum seit 1997 schon mehr als 100 Jugendringe und Jugendverbände des gesamten Kontinents.

Das Ziel des Europäischen Jugendforums ist es, durch seine Zusammenarbeit mit der EU,

dem EU-Rat und der UN-Organisation auf Standpunkte von europäischen Jugendlichen aufmerksam zu machen. Seine Hauptaufgaben: Förderung der Integration von jugendpolitischen Themen in die Alltagspolitik und Steigerung der Teilnahme von Jugendlichen bei Entscheidungsprozessen.

[www.youthforum.org](http://www.youthforum.org)

##### Solidar

Solidar ist ein Netzwerk für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Seine Mitglieder kommen aus 90 Ländern der Erde – einen Schwerpunkt bildet die Kooperation mit den Gewerkschaften. Das zentrale Anliegen ist ein soziales Europa. Solidar unterstützt die Decent-Work-Kampagne des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB und setzt sich für Chancengerechtigkeit ein.

[www.solidar.org](http://www.solidar.org)

##### Noya

Noya, der brandneue Jugendverband des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, versteht sich als Organisation »junger aktiver und aktiv werdender Menschen, die die neoliberal gestal-

tete Globalisierung kritisieren und für eine ökologisch und sozial gerechte Welt streiten«.

»No-no-no« heißt es zu den Themen deregulierte Märkte, Privatisierung und Ökonomisierung von Wissen und Bildung. »Ya-ya-ya« hingegen ist: »Eine solidarische Welt ohne Armut, in der alle Menschen in Würde leben können.« Noya fordert solidarisches Wirtschaften und einen gerechten Zugang zu öffentlichen Gütern.

[www.attac.de/no-ya/](http://www.attac.de/no-ya/)

##### Young Friends of the Earth

Young Friends of the Earth Europe (YoungFoEE) ist die Jugendorganisation eines internationalen Zusammenschlusses von Umweltschutzorganisationen, vertreten in 70 Ländern. Je Land kann jeweils nur eine Organisation im Verband Mitglied sein. Aus Deutschland ist dies der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND, aus Österreich Global 2000 und aus der Schweiz Pro Natura.

Gemeinsame Basis aller Mitgliedsorganisationen ist die Unabhängigkeit von politischen Parteien und von wirtschaftlichen Interessen, Umweltschutzarbeit ist das Arbeitsfeld. [5]

[www.foeeurope.org/youngfoee](http://www.foeeurope.org/youngfoee)

**WEBTIPP ESF**

Ein anderes Europas ist möglich: Vom 17. bis 21. September 2008 findet das Europäische Sozialforum statt. Die VeranstalterInnen rechnen mit ca. 20.000 BesucherInnen. Infomationen gibt es aber schon vorab: Im Internet wurden diverse Seiten geschaltet, damit man weiß, wo in Malmö oben und unten ist.

Zu empfehlen ist die offizielle Festival-Site. Neben Infos über die politische Zielrichtung und Arbeit während des Forums hält sie Daten über Unterbringung und Anreise bereit. Vernetzen können sich Gruppen oder politisch Interessierte auch bei dem Portal »Open ESF«. Hier sind Projekte vom Umweltaktivismus bis zur Arbeitnehmervertretung gelistet wie auch die vielen Workshops. Zentrale Informationen über das Sozialforum in deutscher Sprache findet man auf der Seite des Sozialforums in Deutschland.

Homepage des Europäischen Sozialforums: [www.esf2008.org](http://www.esf2008.org)

Projekte-Homepage: <http://openesf.net>  
Sozialforum in Deutschland: [www.sfid.info](http://www.sfid.info)

**Kritik:** Dezember 2007 wurde der EU-Reformvertrag durch die Staats- und Regierungschefs unterzeichnet. In vielen Punkten ähnelt der Reformvertrag der gescheiterten Verfassung – doch wird auf den »ideellen Gehalt« und Staatssymbolik verzichtet. Im Klartext: Das Kind soll lediglich einen anderen Namen erhalten.

Regina Viotto und Andreas Fisahn haben in ihrem Buch »Europa am Scheideweg« alles gesammelt, was man an Kritik an Europa und seinem Reformvertrag loswerden kann. Und wie ein soziales und demokratisches Europa aussehen könnte.

Regina Viotto, Andreas Fisahn (Hg.): *Europa am Scheideweg. Kritik des EU-»Reformvertrags«*, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 192 S., 14,80 Euro

**Treffen der IG Metall-Jugend:** Die Konferenz

»Die Situation junger Arbeitnehmer in Europa durch prekäre Beschäftigung: Together we stand – Divided we fall« richtet sich an junge ArbeitnehmerInnen aus ganz Europa und findet im Vorfeld des ESF statt. Themen: Die Auswirkungen und Zusammenhänge von prekärer Beschäftigung und Ausbildung auf junge Menschen.

14. bis 17. September 2008. Malmö. Infos: *IG Metall-Jugend, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/M., Tel.: 069/66932260, www.jugend.igmetall.de*

**»Union Island«** ist gerade erst entstanden – und schon eine ganz besondere Insel. Denn es handelt sich dabei um ein innovatives Projekt, in dem GewerkschafterInnen ein virtuelles Zuhause finden können.

»Union Island« liegt nämlich inmitten der digitalen Welt des Online-Spiels »Second Life« – falls also jemand eine Kampagne plant, kann er die hier durchexerzieren. Inklusive Foto- und Video-Ausstellung der DGB-Mindestlohnkampagne.

[www.slunionisland.org](http://www.slunionisland.org)



**Wörterbuch:** Wie heißt das »Europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern« auf Englisch? Das Wörterbuch von Christiane Horstenkamp beinhaltet das besondere Vokabular der Arbeitswelt in englischer und deutscher Sprache. Es übersetzt rund 5.000 Begriffe und ist in sieben Sachgebiete gegliedert: Arbeit, Wirtschaft, Bildung/Ausbildung, Europäische Union, Recht, Politik und Arbeitssicherheit. Das ideale Arbeitsgerät für EU-weite Gewerkschaftsarbeit.

Christiane Horstenkamp: *Wörterbuch Arbeit, Recht, Wirtschaft. Englisch-Deutsch/Deutsch-Englisch*, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2006, 309 S., 19,90 Euro



»Auf lösung: European agreement concerning the international carriage of dangerous goods by road (ADR)

**Analyse:** Wie lassen sich Flexibilität und soziale Sicherheit ausbalancieren? Die Autoren Berndt Keller und Hartmut Seifert beschreiben neue Ansätze in der Flexicurity-Debatte.

Berndt Keller, Hartmut Seifert: *Flexicurity: Ein europäisches Konzept und seine nationale Umsetzung*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2008, 40 S., Download: [www.fes.de/wiso/](http://www.fes.de/wiso/)

**IMPRESSUM**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030/24060172, Fax: -409

E-Mail: [jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

Internet: [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Projekt: Jessica Heysler

Redaktion: Jürgen Kiontke, Beate Willms

Grafik: Heiko von Schrenk

Abowerwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030/24060166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin



Ich möchte monatlich \_\_\_ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	